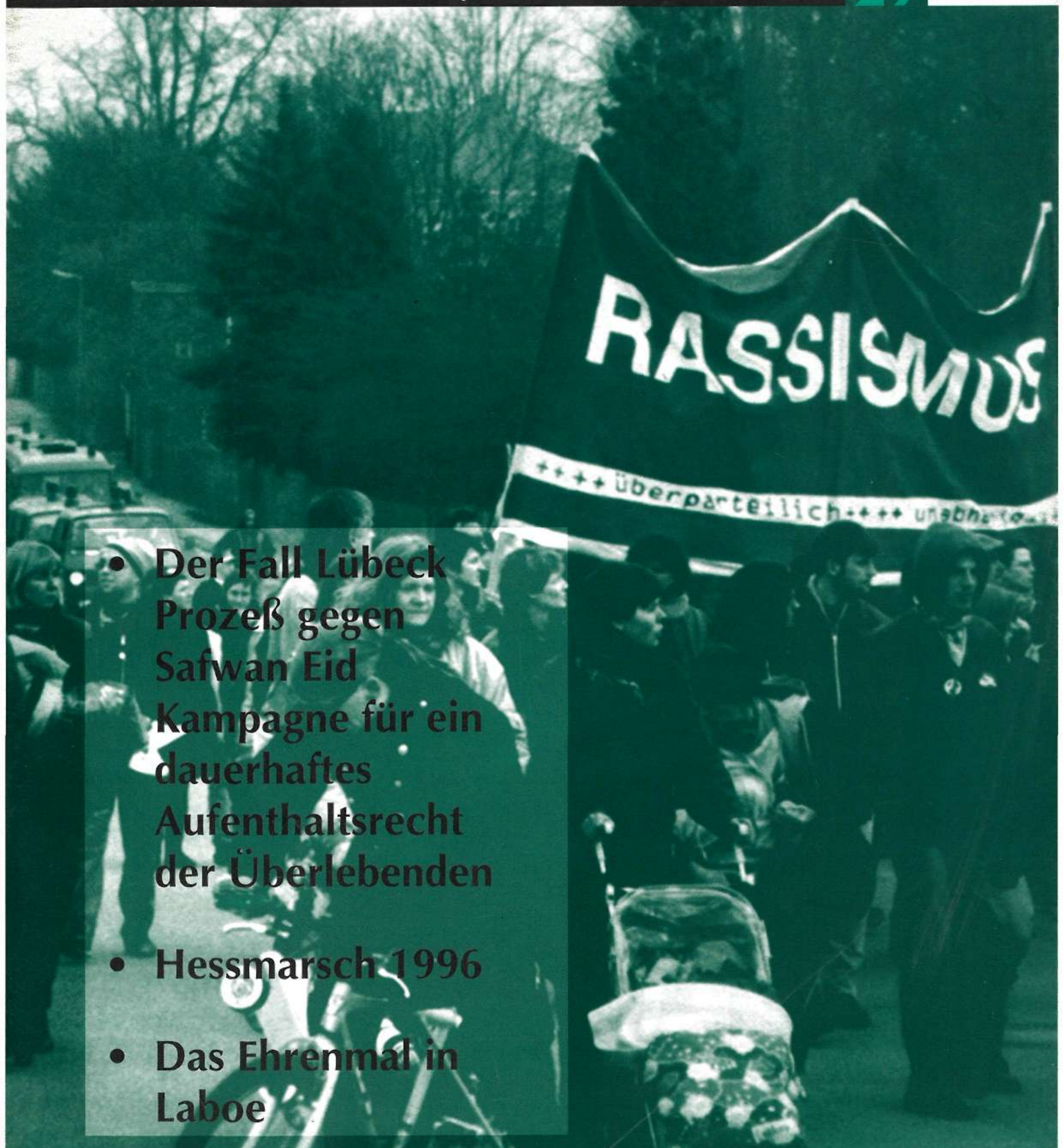
# ATZE

## Antifaschistische Zeitung Kiel

Oktober/Dezember 1996 3,- DM 29




- Der Fall Lübeck Prozeß gegen Safwan Eid Kampagne für ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht der Überlebenden
- Hessmarsch 1996
- Das Ehrenmal in Laboe

ATZE

Antifaschistische Zeitung
Kiel
Nr. 29,Oktober/Dez.
1996
Schweffelstraße 6,
24118 Kiel
Auflage 700

V.i.S.d.P.: A. Hoffmann



Artikel können uns als Dateien in DOS-, Windows- und Macintoshformaten zugeschickt werden.

Bankverbindung:
S. Petersen
KtoNr.: 47 53 83 - 204
Postbank Hamburg
PLT: 200 100 20

Preis: 3 DM

Abo: 15,- DM für 1 Jahr/
4 Ausgaben

Für den Handverkauf gelten besondere Bedingungen; bitte wendet Euch an unsere Adresse

# Inhalt

# Liebe Leser,
# Liebe Leserinnen,

wenn dieses Heft in Druck geht, haben die ersten Verhandlungstage im Prozeß gegen Safwan Eid bereits stattgefunden. Obwohl gegen den früheren Bewohner der Lübecker Flüchtlingsunterkunft keinerlei Beweise vorliegen, hält die Lübecker Staatsanwaltschaft daran fest, ihn für den Brand und den Tod von zehn Menschen verantwortlich zu machen. Die ersten Prozeßtage haben bereits deutlich gezeigt, daß der Verurteilungswille der Staatsanwaltschaft keine Grundlage in den Tatsachen hat. Der Hauptbelastungszeuge Jens L. verstrickt sich in Widersprüchen. Abweichend zu früheren Aussagen gibt er nun an, Safwan Eid habe ihm nicht am Brandhaus sondern später im Sanitätsbus Angaben über den Brand gemacht. Der Zeuge H. sagt allerdings aus, Jens L. habe ihm schon in der Hafenstraße von dem angeblichen Geständnis Safwan Eids berichtet. Jens L. schiebt immer öfter Erinnerungslücken vor, um sich nicht in noch größere Widersprüche zu verwickeln. Diese Erinnerungslosigkeit steht allerdings in merkwürdigem Kontrast zu der detailreichen Schilderung, die er am Anfang abgab und die sich fast wörtlich mit zahlreichen Presseberichten deckte. Der Behauptung, der Brand sei im ersten Stock des Hauses ausgebrochen, widersprechen mehrere Zeugen, darunter der Brandexperte Achilles. Arbeiter haben den PKW der vier zunächst verdächtigen jungen Männer aus Grevesmühlen zu einem Zeitpunkt an dem Haus gesehen, der deren bisheriges Alibi in Frage stellt.

Daß die Nerven aller Prozeßbeteiligten blank liegen, ist nicht verwunderlich. Der als Nebenkläger auftretende Jean-Daniel M. brach während einer Zeugenaussage zusammen. Er hat bei dem Brand seine gesamte Familie verloren. Während dieser Situation kommt es zu einer Auseinandersetzung zwischen Mitgliedern der Familie E.-O., die ebenfalls als Nebenkläger auftreten und einem Bruder Safwan Eids. Der Vorfall klärt sich rasch. Die beiden Familien erklären, in der angespannten Situation sei es ohne ernstlichen Grund zu einem kurzen Streit gekommen. Eine Tochter der Familie E.-O- stellt nochmals klar, sie träten nicht gegen Safwan E. als Nebenkläger auf, sondern um mit allem Druck der tatsächlichen Wahrheit auf die Spur zu kommen. Dennoch war der Vorfall natürlich eine willkommene Vorlage für die Staatsanwaltschaft, die alte (und falsche) These vom ständigen Streit zwischen den HausbewohnerInnen hervorzuholen, um doch noch ein Tatmotiv für Safwan Eid zu konstruieren.

Dieser hat seine Unschuld auch im Prozeß beteuert. Er hat heute die besten Chancen freigesprochen zu werden. Dies ist jedoch nicht das Verdienst des deutschen Rechtssystems. Denn zunächst standen die Lügen der Staatsanwaltschaft nahezu unwidersprochen im Raum. Daß heute Zweifel an dieser Täter-Opfer-Umkehr weit verbreitet sind, ist einer überdurchschnittlich engagierten Verteidigung, der harten Arbeit von antirassistischen Initiativen und nicht zuletzt dem Mut und der Einigkeit zu verdanken, mit denen die Überlebenden Flüchtlinge den Verdrehungen der Ermittler entgegentraten.

Es ist zu befürchten, daß Safwan zwar „aus Mangel an Beweisen" freigesprochen wird, im Weiteren aber keine ernsthafte Ermittlungstätigkeit nach den wahren Tätern betrieben wird und die Überlebenden Flüchtlinge bei erlahmendem öffentlichen Interesse nach und nach abgeschoben werden. Damit blieben die Brandstifter wieder einmal unbehelligt und dem gesellschaftlichen Rassismus wäre ein weiteres Mal Vorschub geleistet.

Die antirassistische Bewegung muß sich daher weiter aktiv um den Aufbau von Gegenöffentlichkeit bemühen. Dies ist - neben der Entwicklung von praktischem Widerstand - eine der wichtigsten Bedingungen, um nicht nur einen klaren Freispruch für Safwan Eid durchzusetzen, sondern auch das unbefristete Bleiberecht der Überlebenden zu erkämpfen. In diesem Sinne verstehen auch wir unsere Arbeit, durch unsere Tätigkeit Gegenöffentlichkeit herzustellen und das gesellschaftliche Kräfteverhältnis in unserem Sinne zu beeinflussen.

Die **ATZE**-Redaktion

# DER FALL LÜBECK

## MIT ALLER GEWALT SOLL DIE VERANTWORTUNG FÜR DEN BRANDANSCHLAG DEN OPFERN ZUGESCHOBEN WERDEN



*In der Nacht vom 17. auf den 18. Januar 1996 brannte nach einem Anschlag die Sammelunterkunft für Flüchtlinge in der Lübekker Hafenstraße vollständig ab. Das gänzlich überbelegte und baufällige Haus wurde zu einer Brandfalle für die BewohnerInnen. Zehn Menschen kamen in den Flammen um, über dreißig wurden verletzt. Unmittelbar nach dem Brand demonstrierten Antirassistinnen und Antirassisten gegen rassistische Gewalt und die staatliche Flüchtlings- und Asylpolitik, denen in den letzten Jahren über hundert Menschen zum Opfer gefallen sind.*

**Insbesondere auch die CDU, verkündete lautstark ihre Freude darüber, daß es "diesmal kein Deutscher" gewesen sei und damit keine "Schande" auf Lübeck und Deutschland fiele.**

In der Nähe des Tatorts waren noch während des Brandes Jugendliche aus Grevesmühlen festgenommen, kurz darauf aber wieder freigelassen worden. Diese Jugendlichen hatten zwar frische Verbrennungen an den Haaren und im Gesicht, kamen aber von Anfang an für die Polizei als potentielle Täter nicht in Frage. Statt dessen präsentierten Polizei und Staatsanwaltschaft schon kurz darauf ihre Version des Brandes: unter dem Vorwurf, den Brand in dem Haus gelegt zu haben, wurde Safwan Eid, ein junger Libanese, dessen Familie selbst nur knapp dem Inferno entkommen war, unter dem Vorwurf des zehnfachen Mordes festgenommen. Die Staatsanwaltschaft legte verschiedene "Beweise" vor: Erstens die Aussage eines Sanitäters, der, direkt nachdem eine hohe Belohnung ausgesetzt worden war, angab, Safwan Eid habe ihm gegenüber noch in der Brandnacht ein Geständnis abgelegt. Zweitens eine oberflächliche Brandexpertise, nach der der Brand im ersten Stock des Hauses ausgebrochen sei, sowie drittens angebliche "ethnische" Streitigkeiten innerhalb der Sammelunterkunft. Safwan Eid stritt von Anfang an vehement ab, das Feuer gelegt zu haben. Die Aussage des Sanitäters über das angebliche Geständnis Safwan Eids ist durch und durch widersprüchlich und läßt viele Fragen offen. Die überlebenden Flüchtlinge wiesen die Behauptung, es habe Streitigkeiten unter den Flüchtlingen gegeben, die als Motiv für die Tat herhalten könnten, rasch und überzeugend zurück; einmütig erklärten sie, es habe keine Streitigkeiten gegeben und forderten die Freiheit Safwan Eids.

Die Medien und vor allem die rechte Öffentlichkeit stürzten sich auf die Version der Staatsanwaltschaft. Insbesondere der Lübekker Bürgermeister Boutellier wurde zur Zielscheibe ekelhafter Attacken. Er hatte sich nach dem Brand gegen die Asylgesetzgebung ausgesprochen und dazu aufgerufen, einer drohenden Abschiebung von Überlebenden des Anschlages mit zivilem Ungehorsam entgegenzutreten. "Nestbeschmutzer" war noch die zurückhaltenste Variante, der gegen ihn und andere AntirassistInnen erhobenen Vorwürfe. Die Rechte, und dabei insbesondere auch die CDU, verkündeten lautstark ihre Freude darüber, daß es "diesmal kein Deutscher" gewesen sei und damit keine "Schande" auf Lübeck und Deutschland käme.

In dieser Situation gelang es antirassistischen Gruppen, einigen kritischen Journalisten und der Anwältin Safwan Eids, wichtige Ermittlungen, die die Staatsanwaltschaft verweigerte, selbst durchzuführen. Insbesondere durch ein Brandgutachten des Spezialisten Achilles wurde die Version der Staatsanwaltschaft entscheidend getroffen. Die Flüchtlinge zerstörten mit ihren Aussagen jedes Bild von internen Kämpfen. Daraufhin mußte Safwan Eid nach über fünf Monaten Untersuchungshaft entlassen werden, da gegen ihn kein "dringender Tatverdacht" mehr aufrechtzuerhalten war. Dennoch wurde kurz darauf die Anklage gegen ihn zugelassen. Der Prozeß gegen ihn beginnt am 16. September.

Die Staatsanwaltschaft ist weiterhin bemüht, ihre Version des Brandes zu untermauern. Zuletzt gab sie erneut ein Gutachten in Auftrag, welches beweisen soll, daß die Brandspuren der Grevesmühlener Jugendlichen lange vor der Brandnacht entstanden seien, obwohl bereits ein anderslautendes Gutachten vorliegt. Gegen das Gutachten des Brandexperten Achilles inszeniert sie eine

schon im Ansatz ungeeignete Computersimulation. Gleichzeitig geht sie gegen AntirassistInnen vor, die die Ermittlungen von Polizei und Staatsanwaltschaft kritisieren. Diese hatten auf einem Plakat und einem Flugblatt das einseitige Vorgehen gegen die Flüchtlinge und Safwan Eid sowie das Unterlassen von Ermittlungen gegen mögliche deutsche Täter als "rassistischen Ermittlungen" angegriffen. Daraufhin wurden dem "Lübekker Bündnis gegen Rassismus" bei einer Hausdurchsuchung Computer und Plakate beschlagnahmt.

Die Staatsanwaltschaft will ihre Version des Brandes mit aller Gewalt durchboxen, Safwan Eid soll verurteilt werden. Dabei werden sie von einem großen Teil der Medien unterstützt. Kritik an dem Vorgehen der Staatsanwaltschaft soll abgewürgt und verschwiegen werden, ein mögliches Motiv Safwan Eids wird erfunden und soll der Öffentlichkeit als wahr verkauft werden, Solidarität mit dem Angeklagten und Flüchtlingen soll verhindert werden. Der Prozeß gegen Safwan Eid wird nicht in erster Linie vor Gericht entschieden. Entscheidend wird sein, ob es der Staatsanwaltschaft gelingt, ihre brüchigen "Beweise" der Öffentlichkeit als Wahrheit zu verkaufen.

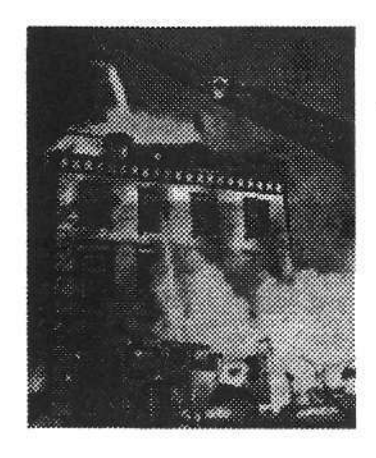


# Aktionstag für die Freilassung von Safwan Eid!

Am 20.07. gab es in der Kieler Innenstadt eine Demonstration für die Freiheit von Safwan Eid. Diese war aus einem bundesweiten Aktionstag hervorgegangen, zu dem vom Antifa Telefon Lübeck, der AG zu den rassistischen Ermittlungen Hamburg, sowie der Anti - Arpartheidsgruppe überregional aufgerufen wurde. Außer einer größeren Demonstration in Lübeck ist z.Z. nichts bekannt ob es in anderen Städten zu Solidaritätskundgebungen oder gar Demonstrationen kam. Zur Demonstration in Kiels Innenstadt hatte die Anti - Apartheidsgruppe aufgerufen, deren Aufruf erreichte aber mangels an Flugblättern und Plakaten leider die meisten Menschen nicht, und somit war die Demo mit ca. 30 TeilnehmerInnen doch sehr klein ausgefallen. Was sich aber nicht auf die Stimmung der teilnehmenden drückte, sondern eher die TeilnemerInnen animierte mit Trommeln und Sprechchören die Aufmerksamkeit der PassantInnen auf ihre Forderungen zu lenken. Als sehr nützlich erwies sich auch ein fast 8 Meter langes Transparent. Auf der Demoroute gab es drei Pausen die mit Redebeiträgen und Flugblattverteilen genutzt worden sind. Das Interesse der BürgerInnen schien doch zum Teil durch die Redebeiträge und Flugis geweckt worden zu sein, und sehr schnell befand Mensch sich in sehr Interessanten Diskussionen mit der Bevölkerung wieder, der größte Teil der PassantInnen wollte sich bei den VerteilerInnen mehr über deren Ansicht in dem „Fall Lübeck" Informieren. Die Hauptforderungen der Demonstrierenden waren, und sind es noch heute:

- Aufhebung der Anklage gegen Safwan, und Einstellung der rassistischen Ermittlungen gegen Safwan und alle anderen Flüchtlinge!
- Ermittlungen in Richtung der Grevesmühlener und des faschistischen Umfelds um die Sanitäter!
- Rehabilitierung der Familie Eid und der Flüchtlinge in der Hafenstraße, öffentliche Entschuldigung der Medien für deren Verleumdungen gegenüber den Flüchtlingen!
- Anerkennung aller von dem Anschlag betroffener Flüchtlinge!
- Keine Abschiebung der Familie Eid!
- Angemessene materielle Entschädigung, menschenwürdige Unterbringung





für ALLE Flüchtlinge bundesweit, und psychologische / ärztliche Betreuung der Opfer!

Am Rande der Demo kam es noch zu einem „Zwischenfall" als bei einem Redebeitrag die Person die diesen hielt von einem rassistischen Parolen grölenden Mann angegriffen wurde. Die Situation wurde aber von einer beherzten älteren Dame bereinigt indem sie den Fascho kurzerhand in die Flucht schlug. Parallel zur Demo gab es noch eine Schlauchboot - Aktion auf dem kleinem Kiel, wobei eigentlich ein Transparent im Wasser verankert werden sollte. Die Aktion verlief auch sehr gut, bis die beiden PaddlerInnen feststellen mußten das der kleine Kiel von der Tiefe eher dem Bermuda Dreieck für Transparente glich. Sie sind dann kurzerhand wieder ans Ufer gepaddelt, und haben das Transparent dort aufgestellt (hingegen allen Gerüchten ist niemand ins Wasser gefallen, und es hat auch keinen Rettungseinsatz des DRLG oder der S.A.R gegeben). Es zeigte sich für den Tag, das Mensch sich auch mit kleinen aber auch phantasievollen Demonstrationen Gehör bei der manchmal sonst so für „Taub" gehaltenen Bevölkerung schaffen kann.

P.S. Da es am ......... zu einer Hausdurchsuchung in den Räumen des Lübecker Bündnis gegen Rassismus auf der Wallhalbinsel kam (Wo bleibt da bloß die Solidarität?), und fast alles was mit Technik zu tun hat auf ungewisse Zeit von der Staatsanwaltschaft (Seit wann ermittelt die Staatsanwaltschaft *in* eigener Sache?)beschlagnahmt wurde. Kommt hier der Vorschlag, ob nicht auf dem einem Dachboden oder in den anderen Keller noch ein unbenutzter Computer steht, der dem Lübecker Bündnis bis zur Herausgabe ihrer eigenen Geräte zur Verfügung gestellt werden könnte? Wer sich das vorstellen kann, der/ die wende sich bitte an die Atze Redaktion, oder direkt an das Bündnis in Lübeck das unter Tel. 0451/7020748 zu erreichen ist.

# DEMONSTRATION IN GREVESMÜHLEN

Am 31.8. fand in mecklenburgischen Grevesmühlen - aus dem die vier verdächtigen deutschen Jugendlichen stammen - eine von Berliner Gruppen organisierte Demonstration statt, bei der es zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei und etlichen Festnahmen kam. Die Aktion war im Vorfeld verboten worden.

Auch in antirassistischen Kreisen war sie nicht unumstritten, da sie politisch sehr diffus gegen „die Grevesmühlener" gerichtet war. Einem der Aufrufflugblätter war ein Zitat der Migrantenorganisation „Café Morgenland" vorangestellt: „Bei 80 Millionen potentiellen Tätern geht es nicht um die berühmte Suche nach der Nadel im Heuhaufen, sondern um die Suche nach der Nadel im Nadelhaufen." Für das Lübecker Bündnis gegen Rassismus wird darin der Widersinn der Demonstration deutlich („junge Welt" vom 22.8.): „Die Bevölkerung - in diesem Falle die Grevesmühlens soll nicht mehr mobilisiert und für die eigenen Positionen gewonnen werden. Sie wird zum Gegner", heißt es in der Kritik der Lübecker, das sehe man schon an der Aufruf-Parole: „Bringen wir ihnen unsere Wut und unseren Haß." Kritisiert wurden die Organisatoren auch, weil kein Versuch unternommen worden war, sich mit örtlichen Gruppen in Verbindung zu setzen. Ungeachtet dessen protestierte das „Lübecker Bündnis gegen Rassismus" gegen das willkürliche Verbot, das sich nahtlos in die Repressionsmaßnahmen gegen Antirassistische Initiativen einreiht.

( aus: „LinX - Sozialistische Zeitung für Kiel)

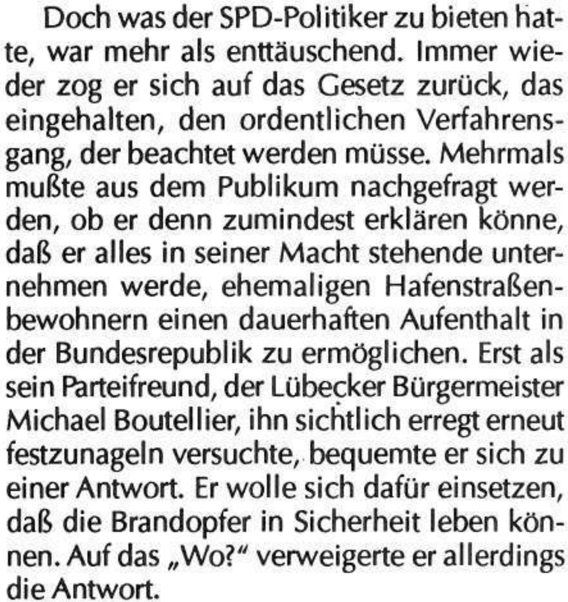




# „GELINDE GESAGT FEIGE"

## Innenminister Wienholtz verweigert sich

*Noch immer sind die Überlebenden des Lübecker Brandanschlages vom Januar im ungewissen über ihre Zukunft in Deutschland. Am 8. November läuft für die Mehrheit von ihnen die Duldung aus. Nun befürchten sie, nach Ablauf dieser Frist oder spätestens nach dem Prozeß gegen Safwan Eid abgeschoben zu werden. Das wurde am 22.8. auf einer Veranstaltung im Lübecker Rathaus deutlich. Der „Lübekker Runde Tisch" - ein regelmäßiges Treffen verschiedener karitativer und politischer Gruppen und Parteien - hatte Landesinnenminister Wienholtz eingeladen, um mit ihm zu beraten, was für die Flüchtlinge aus der Hafenstraße getan werden kann.*



Doch was der SPD-Politiker zu bieten hatte, war mehr als enttäuschend. Immer wieder zog er sich auf das Gesetz zurück, das eingehalten, den ordentlichen Verfahrensgang, der beachtet werden müsse. Mehrmals mußte aus dem Publikum nachgefragt werden, ob er denn zumindest erklären könne, daß er alles in seiner Macht stehende unternehmen werde, ehemaligen Hafenstraßenbewohnern einen dauerhaften Aufenthalt in der Bundesrepublik zu ermöglichen. Erst als sein Parteifreund, der Lübecker Bürgermeister Michael Boutellier, ihn sichtlich erregt erneut festzunageln versuchte, bequemte er sich zu einer Antwort. Er wolle sich dafür einsetzen, daß die Brandopfer in Sicherheit leben können. Auf das „Wo?" verweigerte er allerdings die Antwort.

Christoph Kleine - für das Lübecker Bündnis gegen Rassismus auf dem Podium - fand das „gelinde gesagt feige." Wienholz solle sich darauf einstellen, daß er die Abschiebung der Brandopfer nur mit massivem Polizeieinsatz werde durchsetzen können. Die Äußerungen des SPD-Politikers hätten für ihn deutlich gemacht, daß man sich in dieser Frage nicht auf die Behörden verlassen könne. Ziviler Ungehorsam sei daher angesagt.

Der Brandanschlag, so stellte sich heraus, war in den Augen des Innenministers ein „Unfall" gewesen. Von Flüchtlingen deswegen zur Rede gestellt, bemerkte er noch immer nicht seinen Fauxpas, sondern meinte, man könne sich ja vielleicht darauf einigen, daß es ein tragisches Ereignis war. Zwei Tage später wiederholte er seine Äußerungen gegenüber der „jungen Welt" und begründete sie interessanterweise damit, daß er nicht vorverurteilen wolle.

Der Disput zwischen Boutellier und Wienholtz löste in den darauffolgenden Tagen einiges Rauschen im schleswig-holsteinischen Blätterwald aus. Die „Lübecker Nachrichten" kolportierten die Aussage des Bürgermeisters, er schäme sich, in der SPD zu sein, und verschwiegen den Zusammenhang. Boutellier hatte gesagt, wenn der Innenminister nicht bereit sei, zu versprechen, für ein Bleiberecht der Flüchtlinge alles in seiner Macht stehende zu tun, würde er sich schämen, mit ihm in einer Partei zu sein. Wienholz ließ sich dieses Versprechen allerdings nicht abringen.

(entnommen: „LinX - Sozialistische Zeitung für Kiel", 18/96)

**„Wienholtz soll sich darauf einstellen, daß er die Abschiebung der Brandopfer nur mit massivem Polizeieinsatz durchsetzen kann."**

**WIR BLEIBEN DABEI: SAFWAN IST UNSCHULDIG!**

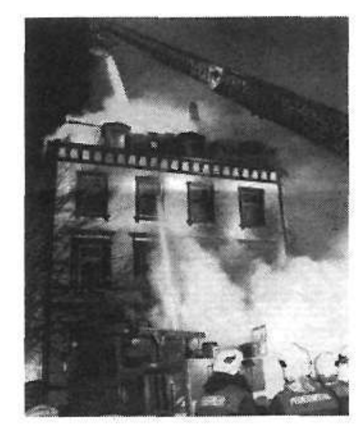
**SCHLUSS MIT DEN RASSISTISCHEN ERMITTLUNGEN!**

Diese Feststellung reizte die Staatsanwaltschaft zu Ermittlungen, Razzia und Beschlagnahme (u.a. unserer Computer). Wir lassen uns nicht einschüchtern, wir werden gerade zum Prozeß mit unseren Positionen weiter für Solidarität mit Safwan streiten!

**DAFÜR BRAUCHEN WIR GELD, UND ZWAR VIEL UND DRINGEND.**

Die bisherige Arbeit zum Brandanschlag hat uns (ohne die beschlagnahmten Computer) ca. DM 10.000 gekostet. Deswegen: Spendenkonto Nr. 566 406 - 201, Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Kontoinhaber (Bitte unbedingt angeben!) Christoph Kleine. Danke!

**LÜBECKER BÜNDNIS GEGEN RASSISMUS**



# Gemeinsame Erklärung der Überlebenden Flüchtlinge zu ihrem weiteren Aufenthalt

**Wir haben gehofft, hier wie Gäste und schließlich vielleicht sogar als Freunde aufgenommen zu werden. Stattdessen werden wir oft wie Kriminelle behandelt - als Diebe, Schieber, Betrüger.**

Aus wirtschaftlicher Not, aus Gründen der politischen Verfolgung, aus Kriegsgebieten haben wir unser Land verlassen müssen. Wir kommen aus Angola, dem Libanon, aus Liberia, aus Syrien, aus Togo und Zaire. Einige von uns leben seit sechs Jahren in Deutschland. In der Lübecker Hafenstraße haben wir drei Jahre zusammengelebt wie in einer großen Familie - egal, ob wir schwarz, braun oder weiß sind. Wir haben gehofft, hier wie Gäste und schließlich vielleicht sogar als Freunde aufgenommen zu werden. Stattdessen werden wir oft wie Kriminelle behandelt - als Diebe, Schieber, Betrüger. Als Fremde in diesem Land werden wir ausgegrenzt, diskriminiert, verfolgt, getötet.

Mit dem sogenannten Asylkompromiß ist das Recht auf Asyl praktisch abgeschafft. Weitere gesetzliche Verschärfungen sind gefolgt. Sie haben das Ziel, uns das Leben hier so unerträglich wie möglich zu machen. Auch die neue Regelung für „alte Fälle" wird den meisten von uns jede Grundlage für ein Bleiberecht nehmen. Diese Gesetze haben ein gesellschaftliches Klima geschaffen, das unsere Unterdrückung und Verfolgung verschärft. Die Sorge um die eigene Existenz und Gleichgültigkeit für fremde Schicksale bestimmt die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung. Diese Gleichgültigkeit läßt Ablehnung und Haß freien lauf - bis zum mörderischen Angriff auf unser Leben.

In der Nacht vom 17. auf den 18. Januar haben wir zehn Menschen durch einen rassistischen Brandanschlag verloren. 38 BewohnerInnen der Hafenstraße haben diesen furchtbaren Angriff auf uns überlebt. Gerade für die Kinder ist diese Nacht zur Wende ihrer Zeitrechnung geworden: diese Nacht teilt ihr Leben in Erinnerungen vor dem Brandanschlag und Erfahrungen danach. Nichts ist mehr wie früher: ihr unbeschwertes Leben ist erstorben; immer wieder wollen sie aus Fenstern springen um sich vor den Flammen zu retten; sie bitten uns, mit ihnen wegzugehen, wenn in geschlossenen Räumen geraucht wird; sie werden von heftigen Krämpfen geschüttelt, wenn sie Feuer sehen: sie sind in ihrer Psyche schwer erschüttert.

Andere tragen bis heute die Folgen ihrer lebensgefährlichen Verletzungen: Silvere A. überlebte mit frei gebrochenen Wirbeln und einem komplizierten Beinbruch. Victor A. lebte mit schweren Verletzungen bis zu seiner Abschiebung in Haft. Kate D. lebt mit gebrochenem Bein, das nicht heilen will. Hassnan E. überlebte mit gebrochener Wirbelsäule, seit Monaten darf sie das Bett nicht verlassen - ihr Rücken muß durch ein Korsett gestützt werden. Marwan E. lebt mit großen Schmerzen in den Sprunggelenken, den Hüften, der Schulter. Miaz E. überlebte den Sprung aus dem Fenster, aber er kann bis heute nicht auf seinen Beinen stehen. Viele von uns sind deprimiert, hoffnungslos, gebrochen, gefährdet; Silvere A. mußte mit ansehen, wie zwei Menschen verbrannten - die Bilder verfolgen ihn Tag und Nacht.

Aus „humanitären Gründen" ist uns in dieser Stadt ein gesicherter und unbefristeter Aufenthalt zugesagt worden. Diese Zusage des Bürgermeisters der Stadt Lübeck, Michael Boutellier, galt für alle, die in unserem haus diese schreckliche nacht erlebt haben - gleichgültig, ob sie dort gewohnt haben, ob sie zu Besuch waren oder sich illegal dort aufhielten. Herr Boutellier hat alleine nicht die Macht, diese Zusage politisch durchzusetzen. Victor A. lebte illegal im Haus; nach der Zusicherung des Bürgermeisters meldete er sich bei der Ausländerbehörde - in Eutin. Er wurde sofort in Abschiebehaft genommen. Bereits im April sollte er abgeschoben werden; nur sein entschlossener Widerstand auf dem Frankfurter Flughafen hat dies verhindert. Danach saß er in Rheinbach bei Bonn in Abschiebehaft. Victor A. ist inzwischen nach Nigeria abgeschoben worden, obwohl die Staatsanwaltschaft auf Antrag der Verteidigung verfügt hatte, daß niemand der Überlebenden abgeschoben werden darf; wir alle sind wichtige Entlastungszeugen für Safwan Eid. Die Akten der anderen Überlebenden hat der Bürgermeister an sich genommen, um unsere drohende Abschiebung durch die Ausländerbehörde der Stadt Lübeck

zu verhindern: Bereits am 16. Februar hat die Stadt Lübeck bei der libanesischen Botschaft in Bonn laissez-passer-Papiere für die Familie Eid beantragt. Sie liegen seitdem vor - mit der Bitte der Botschaft, aus „humanitären Gründen" die Familie zur Zeit nicht abzuschieben, „bis der Urteilsspruch gegen den Sohn Safwan Eid gefallen ist". Andere haben einen „gesicherten" Aufenthalt von nur wenigen Monaten: bis November 1996. Nur Marie A. hat ein anerkanntes Recht auf Asyl, das nicht einmal für ihre Kinder gilt. Wir denken, daß wir alle als Zeugen und Zeuginnen des Brandanschlages von Abschiebung bedroht sind.

Daher bitten wir mit dieser gemeinsamen Erklärung Anwälte und Anwältinnen, Ärzte und Ärztinnen, Politiker und Politikerinnen, Menschen in Gewerkschaften, Kirchen und anderen gesellschaftlichen Gruppen, die uns helfen wollen, einen gesicherten und unbefristeten Aufenthalt für uns durchzusetzen.

(aus: ak 392 - 1. Juli 1996)



# Kampagne für ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht in Schwung bringen

**Aus einem Aufruf von Gruppen aus dem Kieler Bündnis gegen Rassismus**

Die Überlebenden des Brandanschlages in der Lübecker Flüchtlingsunterkunft Hafenstraße vom 18. Januar haben Angehörige und Freunde verloren, viele haben schwere Verletzungen davongetragen, die psychischen Folgen - insbesondere für die Kinder - sind noch gar nicht abzusehen. Diese Menschen hatten auf Sicherheit und Zuflucht gehofft - statt dessen fanden zehn von ihnen den Tod. Für die Überlebenden gesellt sich zu den Schrecken und der Trauer die Sorge um die ungewisse Zukunft.

Anstatt zur Ruhe kommen zu können, wird ihr Leben von der Drohung mit Abschiebung überschattet. Unmittelbar nach dem Brand hat der Lübecker Bürgermeister Bouteiller den Flüchtlingen, die sich dort aufhielten, zugesagt, sich für einen gesicherten und unbefristeten Aufenthalt in Lübeck einzusetzen. Eine Duldung des Aufenthalts bis zum 8. November 1996 konnte erwirkt werden; ein Flüchtling ist dennoch bereits nach Nigeria abgeschoben worden. In dieser Situation ist jeder und jede gefordert, dieser Bedrohung der Lübecker Brandopfer entgegenzutreten.

- **Protestieren Sie bei Minister Wienholtz und fordern Sie einen gesicherten Aufenthalt für die Überlebenden des Brandanschlages von Lübeck !**

- **Machen Sie Druck auf die Landtagsfraktionen von SPD und Grünen, damit diese den Weg für eine humanitäre Lösung freimachen!**

- **Wenden Sie sich mit Ihren Forderungen an den Petitionsausschuß des Landtages !**

**Schicken Sie Protestbriefe an:**
Innenminister Wienholtz, Postfach 1133, 24100 Kiel

**Senden Sie Protestfaxe an:**
*Innenminister: 988 28 33*
*Staatskanzlei: 988 19 65*
*Petitionsausschuß: 988 10 17*
*SPD-Landtagsfraktion: 988 13 13*
*Landtagsfraktion Die Grünen 988 15 01*

- **Rufen Sie Innenminister Wienholtz persönlich an** und verdeutlichen Sie ihm Ihren Protest gegen seine Weigerung, die notwendigen Schritte für ein dauerhaftes Bleiberecht der Flüchtlinge einzuleiten und für eine gesicherte materielle Versorgung sowie umfassende ärztliche Behandlung zu sorgen !
***Tel.: 988 30 00***

Die weitere Aufklärungsarbeit über die tatsächlichen Hintergründe des Brandanschlages und für das Bleiberecht der Überlebenden Flüchtlinge kostet Geld.

- **Unterstützen Sie das Kieler Bündnis gegen Rassismus - Arbeiten Sie mit !**
Kontaktaufnahme über: Initiativenzentrum, Schweffelstr. 6, 24118 Kiel.

- **Spenden Sie für die weitere Solidaritätsarbeit für Safwan Eid und die Überlebenden des Brandanschlages !**
Spendenkonto: S. Petersen, KtoNr.: 47 53 83 204, Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Stichwort Bündnis gegen Rassismus (unbedingt angeben!)

# ILLEGALE HABEN KEINEN KRANKENSCHEIN

*Seit drei Wochen hat Gloria Unterleibsschmerzen. In den letzten Tagen sind sie stärker geworden. Jede andere Frau würde einfach zur Gynäkologin gehen - doch für Gloria ist das nicht ohne weiteres möglich. Die 27jährige Kolumbianerin lebt seit einem Jahr illegal in Berlin. Von einer deutschen Behörde registriert zu werden, liefe für sie höchstwahrscheinlich auf eine Abschiebung hinaus. Das heißt, Gloria ist auch nicht krankenversichert - und besitzt auch nicht das Geld, um einen Arztbesuch privat zu bezahlen.*

**Wie viele Menschen illegal in Deutschland leben und es sich deshalb nicht leisten können, krank zu werden, weiß niemand genau. Für Berlin schätzt Barbara John vom Büro der Ausländerbeauftragten ihre Zahl auf etwa 100.000.**

Durch Zufall hat Gloria vom „Büro für medizinische Flüchtlingshilfe" in Berlin erfahren. Seit zwei Monaten vermittelt es Flüchtlinge und MigrantInnen an ÄrztInnen weiter, die bereit sind, sie kostenlos und anonym zu behandeln. Und die vor allem nicht die bedrohliche Frage nach dem Aufenthaltsstatus stellen.

In dem kleinen Büro, dessen Einrichtung aus einem Tisch, ein paar Stühlen und einem Telefon besteht, erzählt Gloria einem Mann und einer Frau von ihren Bauchschmerzen. Sie fügt hinzu, daß sie aufgrund des nervenaufreibenden Alltags als Illegale auch unter einer chronischen Magenschleimhautentzündung leidet. Auch deshalb würde sie sich gerne untersuchen lassen.

Der Vermittlungsvorgang ist einfach und unbürokratisch: Die beiden sehen auf einer Liste nach und vereinbaren telefonisch einen Termin für nächste Woche bei einem Allgemeinmediziner, der Glorias Magen behandeln soll. Zur Frauenärztin kann sie gleich heute gehen. Eine Dolmetscherin wird dorthin bestellt, um fachlich präzise zu übersetzen.

Gloria ist nur eine von rund einem Dutzend Flüchtlingen, die jede Woche die Dienste des „Büros für medizinische Flüchtlingshilfe" in Anspruch nehmen. Die Beratungszeiten werden ehrenamtlich von Leuten abgedeckt, die zum Teil auch beruflich im Gesundheitsbereich tätig sind. „Wir wundern uns selbst, daß die Nachfrage schon so groß ist, obwohl es uns erst seit kurzem gibt und wir sicher noch lange nicht überall bekannt sind", zieht Jessica Groß, eine der MitarbeiterInnen, eine erste Bilanz. Bei alltäglichen Krankheiten könne meistens geholfen werden. Ungelöst sei bisher die Frage, wie Medikamente, die von den ÄrztInnen nur auf Privatrezept verschrieben werden können, finanziert werden. Doch vor allem sei die Vermittlung von stationären Krankenhausbehandlungen oder Operationen ein Riesenproblem.

Wie viele Menschen illegal in Deutschland leben und es sich deshalb nicht leisten können, krank zu werden, weiß niemand genau. Für Berlin schätzt Barbara John vom Büro der Ausländerbeauftragten ihre Zahl auf etwa 100.000. Bei den öffentlichen Gesundheitsämtern werden nur ansteckende Krankheiten wie Tuberkulose, Aids oder Geschlechtskrankheiten anonym und kostenlos behandelt. Eine staatliche Maßnahme, die weniger das Wohl illegalisierter Menschen als die Seuchenprävention für die deutsche Bevölkerung im Auge hat. Bevor es in Berlin das „Büro für medizinische Flüchtlingshilfe" gab, waren Leute wie Gloria im Krankheitsfall auf soziale Beratungsstellen angewiesen, die ihre Kundschaft nicht nach Papieren fragen.

Die Caritas-Beratungsstelle für Obdachlose in der Berliner Levetzowstraße 12a ist eine dieser Adressen. „In den letzten Jahren ist der Ausländeranteil bei den Leuten, die zu uns kommen, ganz erheblich gestiegen", berichtet Caritas-Mitarbeiterin Regina Thiele. „Das sind abgelehnte Asylbewerber oder Leute, die gar kein Asyl beantragen wollen, weil sie darin keine Chance sehen, aber auch Franzosen und Italiener, die einfach hier gestrandet sind." Zweimal wöchentlich hat eine Allgemeinmedizinerin in der Beratungsstelle eine offene Sprechstunde. Ihr kleines Behandlungszimmer ist jedoch nur mit dem Notwendigsten ausgestattet - was häufig zu Problemen in der medizinischen Versorgung führe. „Sobald jemand mehr hat als eine Grippe, wird es problematisch. Bei Ausländern ohne geregelten Aufenthalt übernimmt ja niemand die Kosten, nicht einmal für eine Untersuchung." Oft hätten sie auf die Hilfe eini-

ger weniger bekannter ÄrztInnen zurückgreifen müssen und versucht, die Kosten für Medikamente und Behandlung über Spenden abzudecken. Krankenhäuser nähmen Patienten häufig nur dann auf, wenn die Caritas die Bezahlung garantiere.

Die Gründung des „Büros für medizinische Flüchtlingshilfe" ist für Menschen wie Regine Thiele „eine große Entlastung" In ein paar Fällen haben sie uns schon sehr geholfen. Bisher hat alles immer sehr schnell und gut funktioniert."

Büromitarbeiterin Groß freut sich über das Kompliment, betont aber: „Uns ist klar, daß wir mit dem Büro das Problem der Gesundheitsversorgung für Flüchtlinge nicht lösen - und das wollen wir auch gar nicht. Dafür zu sorgen, daß alle Menschen gleichermaßen gesundheitlich versorgt werden, ist eine Aufgabe des Staates." Die Vorschriften des Asylbewerberleistungsgesetzes werden derzeit noch weiter verschärft. Im Februar 1995 legte Bundesgesundheitsminister Seehofer einen Entwurf für das sogenannte Ausländerleistungsgesetz vor, das die Personengruppe erheblich erweitern sollte, für die ärztliche Hilfe nur bei akuten Erkrankungen und Schmerzzuständen möglich sein soll. Ende Oktober 1995 wurde der überarbeitete Entwurf unter dem Namen „Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes und anderer Gesetze" in den Bundestag eingebracht, im Februar 1996 wurde er dort verabschiedet. Gescheitert ist das Paragraphenwerk kürzlich an der Zustimmung im Bundesrat. Nun liegt es dem Vermittlungsausschuß vor.

Ganz gleich, wie der Vermittlungsausschuß den Konflikt der Parteien nun löst - chronisch kranke Asylsuchende, behinderte Flüchtlinge und Menschen, die bereits vor oder während der Flucht krank wurden, werden weiterhin kein Recht auf medizinische Versorgung haben.



Versuche, diese diskriminierende Regelung praktisch zu unterwandern, gibt es in mehreren deutschen Städten. Eine dem Berliner Büro vergleichbare Initiative existiert in Hamburg seit zwei Jahren. Die wöchentliche Sprechstunde im „internationalen Zentrum" ist bereits Routine. Rund neunzig PatientInnen konnten im Laufe des letzten Jahres an ÄrztInnen vermittelt werden. In Frankfurt hat eine „AG für medizinische Hilfe" ein Netzwerk von Beratungsstellen aufgebaut, die ebenfalls Flüchtlinge ohne Berücksichtigung ihres Aufenthaltsstatus an MedizinerInnen weiterleitet.

Zweimal bereits hat der Deutsche Ärztetag, das oberste Gremium ihres Standes, sich in Resolutionen gegen das Asylbewerberleistungsgesetz und seine Novellierung ausgesprochen - bislang ohne großen Erfolg. „Die Aufforderung an uns Ärzte, Patienten zu selektieren nach dem Kriterium Asylbewerber oder nicht, verstößt gegen das Standesrecht und gegen den hippokratischen Eid", kritisiert der Allgemeinmediziner Dr. Wolf Bergmann, der in Freiburg mit KollegInnen bereits Anfang 1994 eine Initiative „Ärzte gegen das Asylbewerberleistungsgesetz" gegründet hat. „Wir können ärztliche Entscheidungen und ärztliches Gewissen nicht an Bürokratien abtreten, die auf diesem Gebiet überhaupt nicht kompetent sind", betont Dr. Bergmann.

(taz 6.6.96)

**„Die Aufforderung an uns Ärzte, Patienten zu selektieren nach dem Kriterium Asylbewerber oder nicht, verstößt gegen das Standesrecht und gegen den hippokratischen Eid"**

# BEISPIELLOSE SOLIDARITÄT

## FRANKREICHS INNENMINISTER GEHT GEGEN EINWANDERINNEN VOR

*Zehntausende Demonstrantinnen und Demonstranten in den Straßen von Paris im Monat August, und das für die Rechte der EinwanderInnen - das hat es in Frankreich noch nicht gegeben. Der gewaltsamen Räumung der Kirche Saint Bernard in Paris am 23. August waren fünf Monate Kampf für die Legalisierung des Aufenthalts von ca. 300 von Abschiebung bedrohten Afrikanerinnen und Afrikanern „ohne Papiere" vorausgegangen. Einige von ihnen leben teilweise seit zehn Jahren illegal in Frankreich.*

Ihre Odyssee begann am 18. März mit der Besetzung der Kirche Saint-Ambroise durch 210 AfrikanerInnen, größtenteils Familien mit Kindern; zwei Tage später wurden sie daraus vertrieben, in ein Gymnasium, eine alte Munitionsfabrik, schließlich in Räume der Eisenbahn verbracht. Dort begannen 43 Männer und 13 Frauen einen Hungerstreik. Unterstützungskomitees und bekannte Persönlichkeiten boten sich als Vermittler an. Anfang Juni bildete sich im Raum Paris eine Koordination der Bewegung derer „ohne Papiere"; sie organisierte Mitte Juni eine Demonstration mit zehntausend TeilnehmerInnen, eine Demonstration der afrikanischen Gemeinde folgte Ende Juni. Zu dem Zeitpunkt kündigte die Regierung an, sie werde für 22 Personen den Status legalisieren.

### Solidarität

Am 28. Juni zogen einige aus den Räumlichkeiten der Eisenbahn in die Kirche Saint Bernard de la Chapelle um und hielten sie besetzt; zeitgleich begannen andere in der Kirche Saint Hippolyte einen Hungerstreik , dem sich zehn Besetzer in Saint Bernard anschlossen. Den Monat Juni über gab es verschiedentlich Demonstrationen und Kundgebungen; die Bewegung derer „ohne Papiere" bildete eine landesweite Koordination.

Von August an werden Nacht für Nacht Wachen vor der Kirche organisiert: regelmäßig versammeln sich am Abend zweihundert Menschen vor der Kirche, um 4 Uhr morgens stoßen weitere hundert dazu, nochmal hundert kommen um 5 Uhr mit der ersten Metro.




**Solidaritätsdemonstration für die BesetzerInnen von Saint Bernard**

Mitten in der Urlaubszeit erfahren die BesetzerInnen von tausenden Menschen tatkräftige Unterstützung: soziale Initiativen, Gewerkschaften, Linke, vor allem viele Jugendliche, von denen etliche zum ersten Male politisch aktiv geworden sind. Die breite Unterstützung schlägt sich auch in Meinungsumfragen nieder: 46 Prozent der Befragten zeigen Verständnis für die Kirchenbesetzung.

Die Solidarität ist die stärkste Waffe in diesem Kampf. Mitte August werden die Hungerstreikenden am 39. Tag ihres Streiks mit Gewalt aus der Kirche entfernt und und auf verschiedene Krankenhäuser verteilt. Sofort tritt ein Dutzend anderer Freiwilliger an ihre Stelle.

Die sechs bei Air France aktiven Gewerkschaften (CFDT, SNPIT, CGT, UGICT, SNPNC, USPNT) weigern sich, eine Maschine für die Abschiebung der AfrikanerInnen zur Verfügung zu stellen. Mittlerweile fühlen sich alle politischen Milieus Frankreichs von der Auseinandersetzung angesprochen; die Sozialistische Partei unternimmt erfolglose Vermittlungsversuche. Die Regierung bleibt hart und verweigert jede Verhandlung.

**Gewalt**

Am 23. August um 7.30 Uhr stürmen 1.200 schwer bewaffnete Mitglieder der paramilitärischen Bereitschaftspolizei CRS die Kirche Saint Bernard. Die Besetzer hatten Wind von der Sache bekommen und zahlreiche Unterstützer mobilisieren können, darunter Parteienvertreter und Kulturschaffende wie Ariane Mnouchkine: mehrere hundert Menschen blockieren die Eingänge zur Kirche. Die Kirchenglocken läuten, um die Bevölkerung zu alarmieren; die CRS knüppelt unterdessen auf die Sitzenden ein. Drinnen sammeln die Frauen ihre Habseligkeiten ein und setzen sich mit den Kindern auf die Bänke. Der Pfarrer versucht, die Aufmerksamkeit der Gemeinde zu sammeln, und liest mit ruhiger Stimme gegen die Angst an: Martin Luther King „Ich hatte einen Traum". Währenddessen hallen im Kirchenschiff die Axtschläge gegen die sieben Eingangstüren wieder. Als die Türen nachgeben, fliegen schon die Tränengasgranaten, das Mikrophon wird herausgerissen, der Pfarrer zum Schweigen gebracht. Die zehn Hungerstreikenden sind umringt von Unterstützern; nacheinander werden sie von der Polizei abtransportiert, draußen steht schon die Feuerwehr mit Bahren für sie bereit. Der Rest der Polizei ist währenddessen damit beschäftigt, Schwarze und Weiße, Ledige und Verheiratete zu trennen, bevor sie sie abtransportiert. Vor der Kirche haben sich einige hundert DemonstrantInnen versammelt, die auf die CRS einschreien. Über zehntausend folgen einer Spontandemonstration; am 28.8. folgt eine weitere, um ein mehrfaches größeres.

**Frankreichs neue Ausländergesetze**

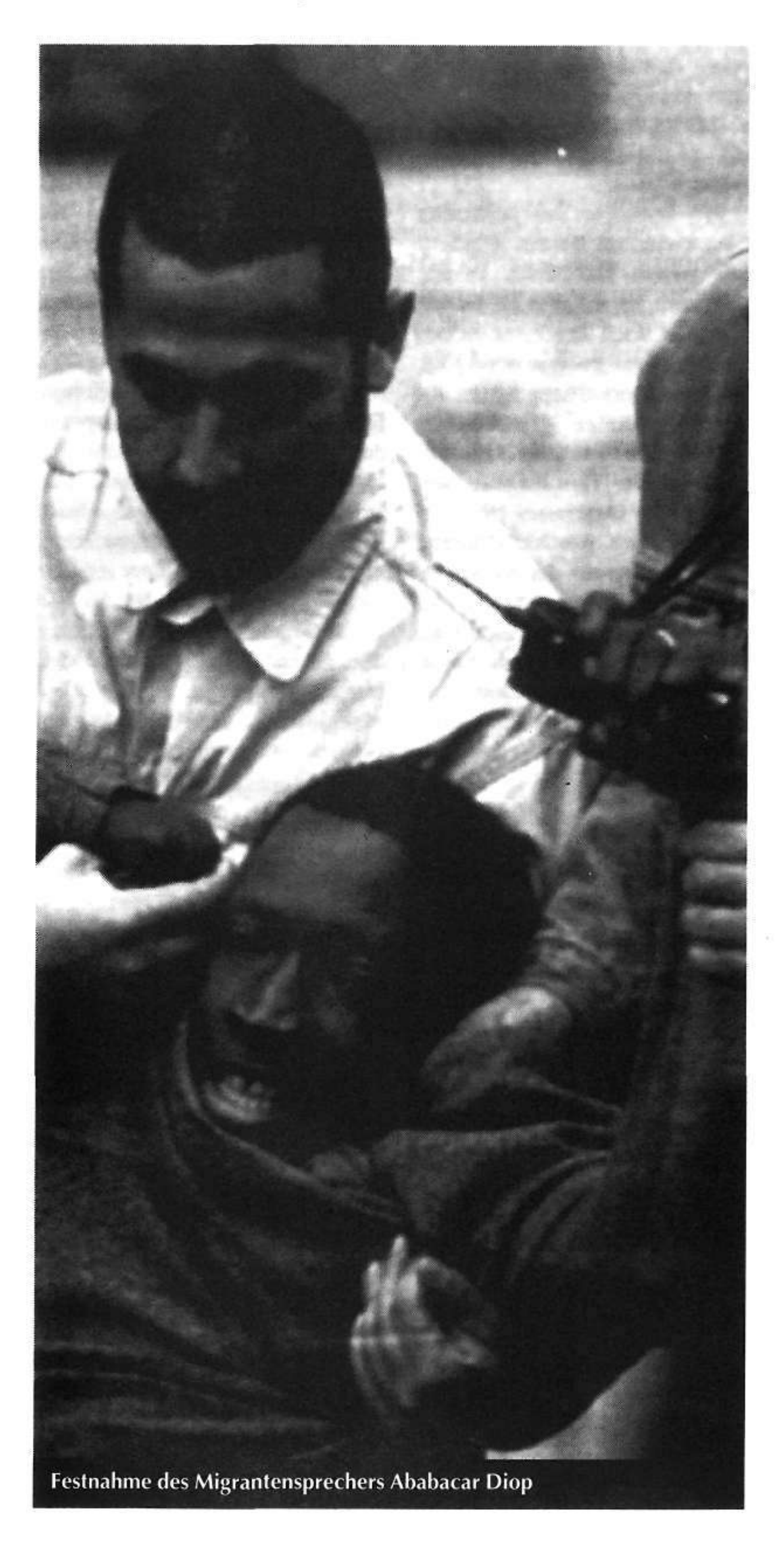
Für den September ist eine landesweite Demonstration gegen die 1993 unter der Federführung von Innenminister Charles Pasqua - einem rechtsradikalen Gaullisten - erlassenen Ausländergesetze geplant. Die Gesetze, die eine seit langem von der extremen Rechten erhobene Forderung befriedigen, verfolgen das Ziel, „illegal" in Frankreich Lebende nicht mehr zu dulden, sondern auszuweisen und die Einwanderung „auf

**Als die Türen nachgeben, fliegen schon die Tränengasgranaten ...**



Null" zu bringen.

Von einem Tag auf den anderen ist für Millionen Menschen, die sich seit Jahren in Frankreich aufhalten und dort aufhalten, der Aufenthalt zu einem Roulette-Spiel geworden. Die neuen Gesetze erklären Menschen zu „Illegalen", die seit ihrer Kindheit in Frankreich leben; Eltern, deren Kinder nach dem 1. Januar 1994 geboren sind und deshalb als „Ausländer" gelten, können plötzlich ausgewiesen werden. Aber auch Familien mit Kindern, die vor diesem Datum geboren sind, haben große Mühe, ein Aufenthaltsrecht zugesprochen zu bekommen.



Festnahme des Migrantensprechers Ababacar Diop

Mit den neuen Ausländergesetzen wurde eine Praxis beendet, die es seit der Französischen Revolution gab: Kinder, die in Frankreich geboren wurden, galten bis dato als Franzosen; die Eltern solcher Kinder konnten ebenfalls nicht ausgewiesen werden. Nach dem neuen Gesetz müssen sie erst 16 Jahre im Land gelebt haben und die Staatsbürgerschaft extra beantragen. Das ius soli ist in Frankreich damit abgeschafft.

Die neuen Gesetze behindern so in jeder denkbaren Form die Zusammenführung von Einwandererfamilien (über eine diskriminierende Zuteilung von Wohnungen, Sozialhilfe etc.). Es gibt derzeit mehrere zehntausend Jugendliche, die auf eigene Faust, getrennt von ihren Familien nach Frankreich gekommen sind, und die derzeit keine andere Perspektive haben als die der Untergrundexistenz.

1986 hat die Rechte schon einmal einen Vorstoß in diese Richtung unternommen; damals scheiterte er an der breiten antirassistischen Bewegung, aus der SOS Racisme hervorging. Weil gleichzeitig das Asylrecht den Kriterien des Schengener Abkommens angepaßt wurde, tendiert seit Anfang 1994 die Zahl der in Frankreich anerkannten Flüchtlinge gegen Null: über 85 Prozent Asylanträge sind abgelehnt worden; die Hürden, einen solchen Antrag überhaupt stellen zu können, wachsen stetig. Die Demonstration im September wird deshalb unter der Losung stehen: „Abschaffung der Gesetze Pasqua!"

Es ist leicht zu erkennen, daß die Regierung, die im letzten Dezember eine Niederlage erlitten hat und erneut mit Ankündigungen eines heißen Herbstes konfrontiert ist (die Lehrergewerkschaften haben aus Protest gegen den geplanten Abbau von 2300 Stellen bereits einen Streik beschlossen; im öffentlichen Dienst und in der Privatindustrie rechnet man ebenfalls mit Protesten), versucht, die Front zu spalten und zu schwächen, indem sie zunächst den Wehrlosesten eine Niederlage zufügt. Die breite Solidaritätsfront, die sich gebildet hat, läßt jedoch hoffen, daß andere Bereiche der sozialen Bewegung verstanden haben, daß dieser Angriff auch ihnen gilt.

(SoZ)

# Hess-Marsch 1996

## 600 SEKUNDEN AUFMARSCH IN WORMS

Wie schon seit acht Jahren zuvor, versuchte die deutsche Neo Nazi Szene auch in diesem Jahr zu einem zentralen Aufmarsch in der Bundesrepublik unter dem Motto „9.Todestag von Rudolf Hess - Deutschland marschiert am 17.August 1996" zu mobilisieren. Ein sogenanntes Aktionskomitee Rudolf Hess'96 hatte ab dem 1.8. - im Gegensatz zu den in den letzten acht Jahren stattgefundenen Aktionswochen - diesmal zu einem Aktionsmonat aufgerufen. Wie in den Jahren zuvor spielten neben Aufkleber und Flugblattaktionen auch die sogenannten N.I.T's („Nationale Info Telefone") eine für die Mobilisierung der deutschen Nazi Szene wichtige Rolle. In den zwei Wochen vor dem 17.8. hatte die JN (Junge Nationaldemokraten),die Jugendorganisation der NPD („Nationaldemokratische Parte"i) versucht in den meisten deutschen Städten Kundgebungen anzumelden; unter anderen in Mölln, Rostock, und Lübeck, wo sie nach ihren in den Anmeldungen vorgeschlagenen Routen mit Fackelmärschen an den Orten ihrer widerlichen Taten vorbeimaschieren wollten. Die Anmeldungen sind fast in allen Bundesländern abgelehnt worden. Am Samstag den 3. August hatten ca. fünfzig zum teil aus Norddeutschland angereiste Neonazis einen Marsch durch die Bad Harzburger Innenstadt versucht, mußten aber diesen nach ungefähr zehn Minuten mehr laufend als marschierend, durch eingreifen der Polizei abbrechen. Von den 50 Neonazis wurden 49 festgenommen. Für den 17.8. wurden die Neonazis in den Großraum Frankfurt gelotst, wo nach Angaben der N.I.T.'s ein Zentraler "Gedenkmarsch" geplant sei. Erst am Nachmittag sammelten sich ungefähr 200 Neonazis in der Stadt Worms vor dem Dom, um dann in einen Marsch zu einem sogenannten "Ehrenmal" für die gefallenen Soldaten des ersten und des zweiten Weltkrieges zu gelangen. Vor dem "Ehrenmal" wurde eine Kundgebung durchgeführt, wo dann ein Redebeitrag durch Thomas Wulf gehalten wurde (Spitzname: Steiner - heute Mitglied der „Deutschen Liga für Volk und Heimat", ehemals „Nationale Liste Hamburg"). Nach insgesamt fünfzehn Minuten wurde die Demonstration von der Polizei gestoppt, und die Nazis auf der Straße eingekesselt. Die Nazis führten unter anderem Fahnen der JN, Nazi - Embleme, und Aufkleber mit sich. Nach und nach versammelten sich um die eingekesselten Nazis viele jüngere und ältere Menschen der Wormser Bevölkerung, die zum Teil die Nazis mit Sprechchören wie "Nazis Raus" bedachten. Die Nazis wiederum doch sichtlich von den "Nazis Raus" Parolen, und der immer ihnen gegenüber aggressiver werdenden Haltung der Menschen um sie herum erschreckt, fiel nichts besseres ein als "Keine Gewalt" zu skandieren. Weil der Polizei vor Ort "leider" die Fahrzeuge zum Abtransport der Neonazis fehlten, entschloß sich die Polizeiführung kurzerhand die Nazis in einem Zug auf der Straße bis zum Polizeirevier zu bringen. Dieser Wanderkessel wurde von einigen AntifaschistInnen vor Ort als ein nun unter Polizeischutz fortgesetzter Marsch angesehen, was sich auch durch die von den Nazis beim Abmarsch gerufenen Parolen bestätigte.

### Hess-Marsch in Merseburg

In Merseburg ließ die Polizei 120 Neonazis bei einen Marsch durch die Innenstadt gewähren. Bei dem Umzug ist der Spruch "Rudolf Hess das war Mord" gerufen worden. Da "nur" 30 Beamte im Einsatz waren, wären sie bei Auseinandersetzungen mit den Nazis unterlegen gewesen, hieß es von der Polizeiführung. In Wunsiedel wo Hess begraben ist, wurden 18 aus Sachsen und Nordrhein - Westfalen angereiste Skinheads festgenommen. In Hessen nahm die Polizei etwa 30 Nazis fest und in Baden Württemberg 29 in Gewahrsam. Auf den Autobahnraststätten und Straßen wurden noch zahlreiche Neonazis die sich an den geplanten Aktionen zum Hess - Todestag beteiligen wollten vorübergehend festgenommen. In Raum Chemnitz setzte die Polizei 50 Nazis fest - 11 davon, nachdem sie am Samstag abend in einer Diskothek in Flöhe den Diskjockey gezwungen hatten, Nazi - Lieder zu spielen. Mit der Zahl der fest und in Gewahrsam genommenen Neonazis, wäre der Hess - Aktionstag mit fast 1000 Nazis gegenüber den Vorjahren mit einer sehr starken Beteiligung ausgefallen. Dies könnte nach dem Mißerfolg im schwedischen Trollhättan (siehe nächster Artikel) zeigen, daß im nächsten Jahr wenn der Hess - Todestag zehn Jahre währt, mit einer europaweiten Mobilisierung, und einem großen Aufgebot an Neonazis hier in Deutschland zu rechnen ist.

# „No fucking Nazis"

## Hessmarsch in Schweden gescheitert

**400 AntifaschistInnen blokkierten den Bahnhofsplatz und machten die geplante Nazidemonstration zunichte.**

*Bis zum Vorabend des 17. August war nicht völlig klar, ob tatsächlich eine zentrale Demonstration in der BRD stattfinden würde. Nach den Polizeiaktivitäten der letzten Jahre, aber auch nach den Diskussionen innerhalb der Naziszene, infolge des Debakels im dänischen Roskilde im letzten Jahr, konnte nicht unbedingt von einer einheitlichen Demonstration ausgegangen werden. Insbesondere, nachdem ab Mitte Juli schwedische Nazis zu einer Hessdemonstration im schwedischen Trollhättan aufgerufen hatten, war nicht auszuschließen, daß Teile der deutschen Naziszene nach Schweden mobilisieren würden.*

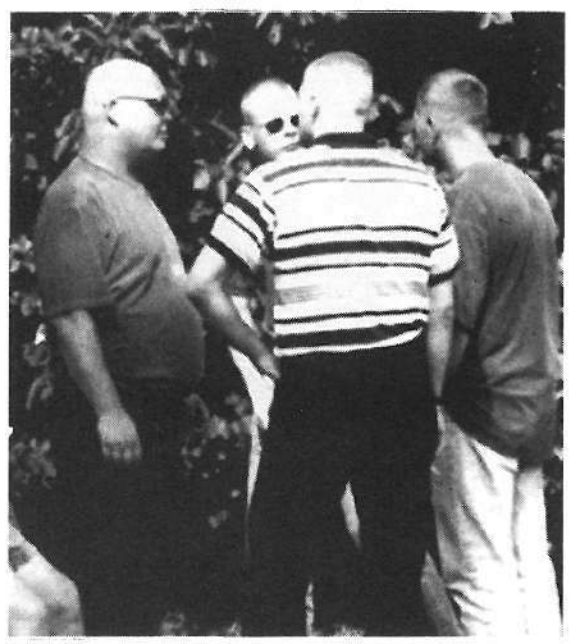
Bislang galt Schweden für die Naziszene als sicheres Rückzugsgebiet. Nicht ohne Grund hat wohl auch der Hamburger Neonazi Jürgen Rieger gerade dort ein großes Landgut erworben. Im Raum Göteborg besteht eine festgefügte Nazi- und Skinstruktur. Nach schwedischem Recht bestehen bisher keine Einschränkungen für Nazidemonstrationen. Die schwedische Polizei hat in den letzten Jahren immer wieder Nazidemonstrationen geschützt und ist rigoros gegen AntifaschistInnen vorgegangen. Seit einem guten Jahr jedoch hat sich die öffentliche Meinung mehr und mehr gegen die militanten Neonationalsozialisten gewendet. Gründe dafür dürften im rapiden Anwachsen dieser Gruppen, aber auch in der Veröffentlichung von Todeslisten im letzten Jahr und in Angriffen auf Verkaufsstellen der antifaschistischen Zeitungen „Expo" in diesem Frühjahr liegen. Insbesondere die Übergriffe auf Buchläden, die die Betreiber zwingen sollten, die „Expo" nicht mehr zu verkaufen, hatten die schwedische Öffentlichkeit sehr aufgebracht. Die aktuelle Nummer der Zeitung wurde von einer der größten schwedischen Zeitungen nachgedruckt. Ein Verbot von Naziuniformierung und der öffentlichen Präsentation von Nazisymbolen wurde vorgeschlagen. In dieser Situation kam die Anmeldung des Hessmarsches zu einem für die Nazis ungünstigen Zeitpunkt. Anmelder war die Organisation „Gelbes Kreuz", die Gefangenenhilfsorganisation der „Nationalen Allianz". In der „Nationalen Allianz" haben sich verschiedene schwedische Nazigruppen zusammengeschlossen. Sie wird von Christopfer Ragne geleitet, einem ehemaligen Mitglied der VAM (Weißer Arischer Widerstand) der wegen bewaffneten Überfällen längere Zeit inhaftiert war. Schwedische AntifaschistInnen reagierten auf die Demonstrationsanmeldung, indem sie zu einer Gegendemonstration auf dem geplanten Sammelplatz der Nazikundgebung aufriefen. Die schwedischen Medien machten zwar Stimmung gegen die Nazis, stellten aber die antifaschistische Gegendemonstration als das eigentliche Problem dar. Trotzdem ging das Konzept der Gegendemonstration im Großen und Ganzen auf. Ca. 400 AntifaschistInnen, davon etwa 130 aus Kopenhagen, der Rest größtenteils aus Göteborg, blockierten den Bahnhofsplatz und machten daher von vorn herein die geplante Nazidemonstration zunichte. Die Polizei war, aufgrund der voran-



**Abmarsch nach der gescheiterten Demonstration**

gegangenen öffentlichen Diskussionen, nicht darauf eingestellt den Nazis den Weg freizuprügeln, wie sie das in der Vergangenheit getan hatte. Im Gegenteil war sie sogar außerordentlich schlecht ausgestattet, Sondereinheiten hielten sich im wesentlichen im Hintergrund. Die ankommenden Nazis wurden auf eine Gleisfläche neben dem Bahnhof eskortiert. Dort sammelten sich zunächst nur etwa 90 von ihnen. Der Rest steckte noch in der Stadt fest, kam erst gar nicht in Trollhättan an, oder hielt sich außerhalb der Absperrung. Später sammelten sich auf dem abgesperrten Areal ca. 200 Nazis, darunter eine Busladung voller NorwegerInnen, einige Dänen und ein paar Deutsche, die wohl aus Hamburg stammen dürften. Die ganze Veranstaltung machte einen eher kümmerlichen Eindruck. Sie wurde mit einer kurzen, über Megaphon gehaltenen Rede abgeschlossen, die in den Pfiffen und Parolen der Gegendemonstration unterging. Die folgende Auseinandersetzung mit der Polizei hätte sich die antifaschistische Demonstration besser schenken können. Die Polizei hatte sich bis zu diesem Zeitpunkt völlig defensiv verhalten. Die Nazis nutzten die Gelegenheit, um ihrerseits die Gegendemonstration mit Steinwürfen anzugreifen, und dann sehr diszipliniert abzuziehen. Dabei waren sie sehr bemüht, der Presse gegenüber darzustellen, wie friedlich sie seien.

Die Nazis machten sich auf die Rückfahrt nach Göteborg, da am Abend noch ein Konzert angesagt war. Etliche Nazis hatten nicht



Norddeutsche Nazis, wahrscheinlich aus Hamburg, in Trollhättan - wer kennt sie?

# AUS DER TRAUM

## NAZIDEMONSTRATIONEN IM EUROPÄISCHEN AUSLAND WENIG ERFOLGREICH

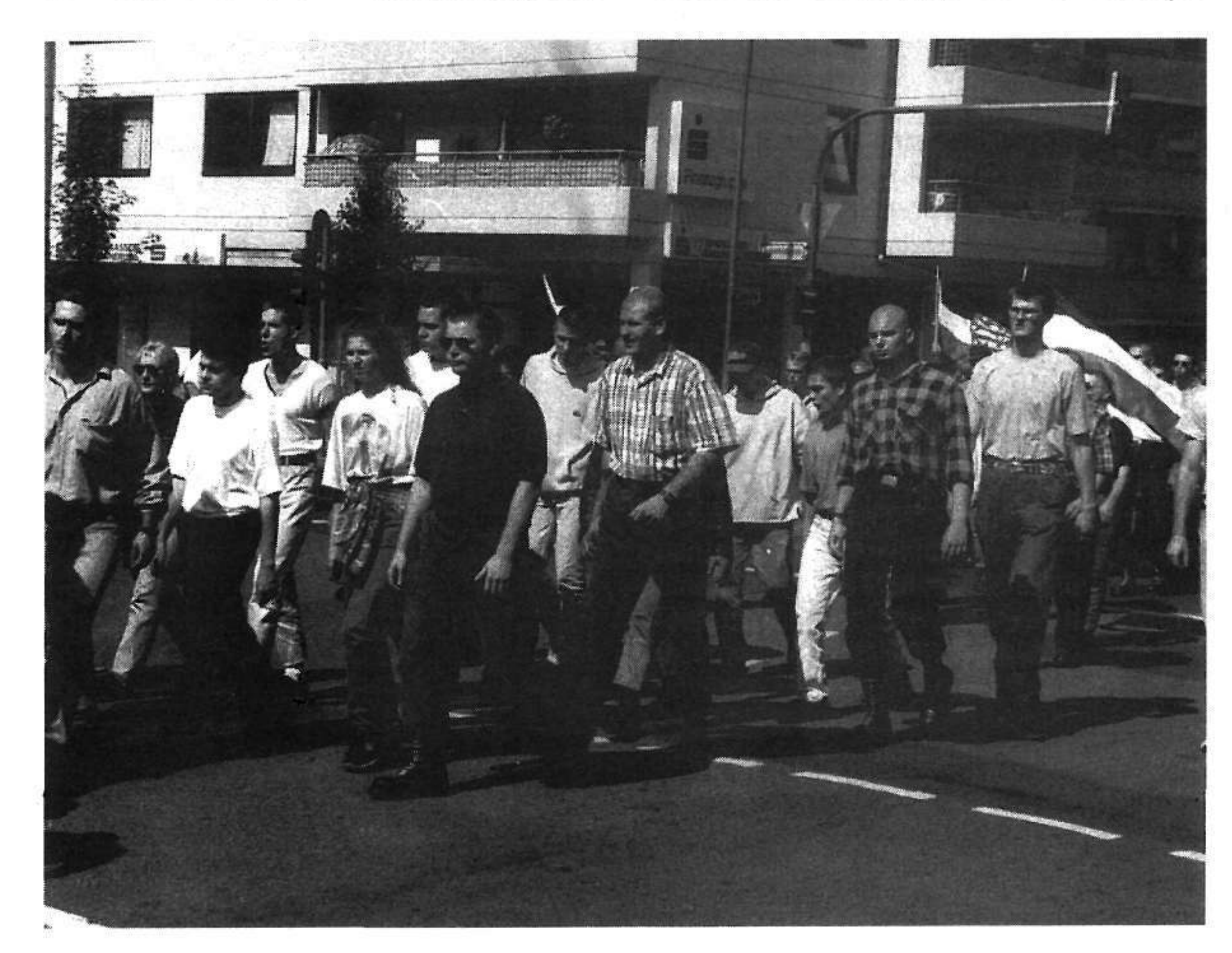
Von Anfang an dienten die Demonstrationen zum Todestag von Rudolf Hess nicht nur als Sammelpunkte für die gesamte deutsche, sondern auch als internationales Treffen der europäischen Nazibewegung. Auf allen größeren Hessmärschen waren Mitglieder und Funktionäre von Nazigruppen und -organisationen aus fast allen europäischen Ländern vertreten. Neben der propagandistischen Zurschaustellung der „europäischen Einheit“ konnten so internationale Diskussionen geführt und Absprachen getroffen werden. Nach der Demonstration 1993 in Fulda, die nach stundenlanger Fahrt auf der Autobahn von der Polizei geduldet und geschützt wurde, wollten sich die Organisatoren dieser Kontakte bedienen, um die Märsche in Zukunft legal und in großem Maßstab im europäischen Ausland durchzuführen. Doch schon der erste Versuch, der Hessmarsch 1994 in Luxemburg, wurde für sie zum Fiasko. Die Bilder der am Boden liegenden, verschnürten Nazis, die die luxemburgische Polizei wohl unterschätzt hatten, entlarvten nicht nur die fadenscheinigen Entschuldigungen der deutschen Behörden aus dem Vorjahr, sie zerschlugen auch den Traum der Nazis von großen, legalen Aufmärschen außerhalb Deutschlands. 1995 konnte sich die deutsche Szene nicht so recht einig werden. Deutsche und holländische FAP-Mitglieder demonstrierten in Schneverdingen, ca. 150 deutsche, dänische, englische, schwedische und norwegische „Kameraden“ scheiterten mit ihrem Demonstrationsversuch im dänischen Roskilde. Als daher im Juli in einer schwedischen Nazizeitung zu einem Hessmarsch im schwedischen Trollhättan, ca. 80 km nördlich von Göteborg aufgerufen wurde, schien es, als solle die Reihe der Demonstrationen im europäischen Ausland fortgesetzt werden. Der Marsch in Worms zeigt, daß dies nicht der Fall war. Aber selbst wenn die Demonstration in Trollhättan nur als mögliche Ausweichdemonstration geplant war, dürfte nun der Traum von großen, legalen Demonstrationen im Ausland endgültig geplatzt sein.



**Das Warten war vergeblich - die Polizei machte den Weg nicht frei**

an der Kundgebung teilgenommen - sei es, daß sie gar nicht angekommen, oder abseits geblieben waren. Nun vergrößerten sie die Kolonne, die sich in Richtung Göteborg bewegte. Darunter befanden sich PKWs aus Berlin, Wismar und Neubrandenburg. Trotzdem war die ganze Sache eine im wesentlichen schwedische Angelegenheit. Warum in Schweden eine eigene „skandinavische" Demonstration abgehalten wurde, nachdem die Schweden und Dänen in den letzten Jahren immer gemeinsam mit den deutschen „Kameraden" marschiert waren, ist unklar. Wenn man sich auch vor wilden Spekulationen hüten sollte, so bleiben doch zwei Vermutungen, die dieses Verhalten erklären könnten: Einerseits war es für die Organisatoren im Vorfeld nicht einschätzbar, wie ihre Mobilisierung für eine Demonstration in der BRD anlaufen würde. Mit der Demonstration in Trollhättan hatten sie für alle Fälle eine Möglichkeit in der Hinterhand, sich zu präsentieren, wenn alle anderen Versuche scheitern würden. Zum anderen stellte die diesjährige Mobilisierung die Generalprobe für den zehnten Hessmarsch im nächsten Jahr dar. Nach den Niederlagen in Luxemburg und Dänemark sollte vielleicht ein letztes mal, nun in Schweden, ausprobiert werden, ob ein großer, legaler Aufmarsch im anliegenden Ausland durchführbar ist. Die Antwort dürfte klar ausgefallen sein - der Hessmarsch in Trollhättan scheiterte am Widerstand der schwedischen AntifaschistInnen.

Dies dürften die Teilnehmer auch so empfunden haben. Zu dem abendlichen Open-Air-Konzert in Göteborg erschienen knappe 150 TeilnehmerInnen, die ersten Busse verließen das Konzert gegen zehn Uhr abends.



Teilnehmer der Nazidemonstration in Worms waren auch schon bei der Randale in Schleswig dabei - 3.v.l. mit Koppel

## Rendsburg - Schleswig

# Militante Nazioffensive

Den ganzen Sommer über kam es in Schleswig-Holstein zu erheblichen Naziaktivitäten. Schwerpunkte waren der Raum Rendsburg und Schleswig sowie Flensburg (vgl. den Artikel auf der nächsten Seite). Fast unbemerkt von der „interessierten Öffentlichkeit" hat sich in den letzten Jahren im ländlichen Raum eine schlagkräftige Naziskinszene entwickelt. Bei Feten und Konzerten , die am Stadtrand und in den Dörfern durchgeführt werden, treffen sich nicht nur Nazis aus Schleswig-Holstein, sondern aus ganz Norddeutschland - Mecklenburg Vorpommern, Hamburg und Niedersachsen. Insbesondere während der „Hess-Aktionswochen" waren verstärkte Aktivitäten zu bemerken, davon abgesehen sind faschistische Übergriffe beinahe schon Teil der Normalität. Am ersten Juli gab es eine blutige Auseinandersetzung in der Rendsburger Disco „Garage" die von einer Gruppe Naziskins ausgelöst wurde.

Bei den Schleswiger Wikingertagen am 3. und 4. August randalierten ca. 100 Nazis aus ganz Norddeutschland aus Anlaß der „Hess-Aktionswochen". Der Bullterrier eines Nazis griff ein Mädchen an, es kam insgesamt zu zahlreichen Übergriffen und Körperverletzungen.

Mitte August gab es eine Massenschlägerei zwischen Nazis und einer Gruppe Polen vor einem der Treffpunkte der Schleswiger Nazis, der Kneipe „Altstadt".

Am 10. August veranstalteten Nazis aus dem gesamten Norddeutschen Raum bei Büdelsdorf (Rendsburg) eine Grillparty. Sie verbrannten Holzkreuze im KuKluxKlan-Stil, grölten faschistische Parolen und attackierten PassantInnen.

Am 24. August feierten erneut Nazis eine Grillparty, diesmal in Rickert (Rendsburg). Ein farbiges Mädchen wurde rassistisch beschimpft. Als einer ihrer Begleiter sich dagegen zur Wehr setzte, wurde er brutal zusammengeschlagen.

Am Rande des Rendsburger „Herbstes" kam es am 24. August erneut zu Auseinandersetzungen mit Naziskins. Ein Mann wurde mit dem Messer in Brust und Rücken gestochen, zahlreiche Polizisten wurden verletzt, als sie versuchten die Skins vom Platz wegzubringen.

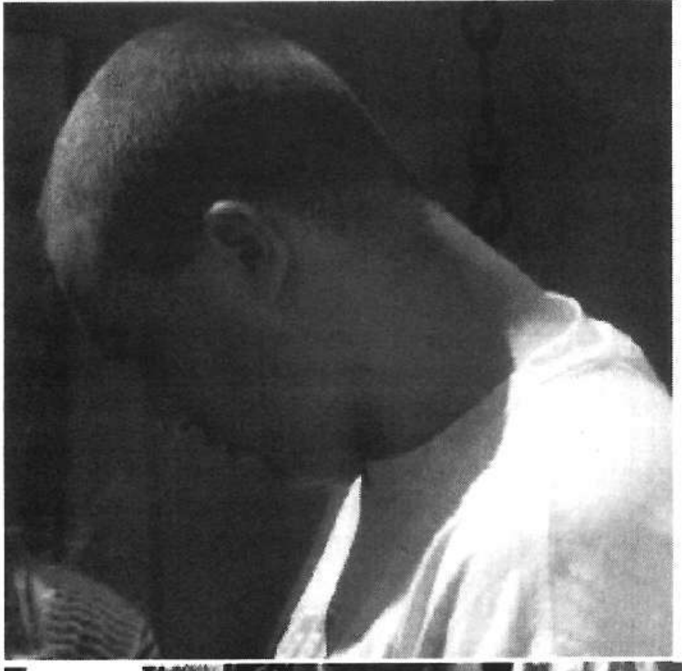
Diese Entwicklung kommen nicht von ungefähr. Wir haben schon früher darüber berichtet. Auf dem Land ist es doppelt schwer, den Nazis etwas entgegenzusetzen. Viele Naziaktivitäten erfolgen unbemerkt von antifaschistischen Initiativen. Polizei und Medien haben sich in den letzten Jahren bemüht, das Problem herunterzuspielen. Bevor sich die Naziaktivitäten endgültig verfestigen sollten sich AntifaschistInnen allerdings schleunigst Gedanken machen, wie diesen Provokationen am besten zu begegnen ist. Wir haben anhand von Fotos von den „Wikingertagen" in Schleswig mindestens einen Nazi identifiziert, der auch an dem Hessmarsch in Worms teilgenommen hat (vergleiche die Bilder auf dieser und der nächsten Seite). Es ist zu befürchten, daß sich innerhalb der Naziskinszene militante faschistische Organisationen entwickeln können. Für Hinweise über solche Entwicklungen und die maßgeblichen Personen sind wir dankbar.

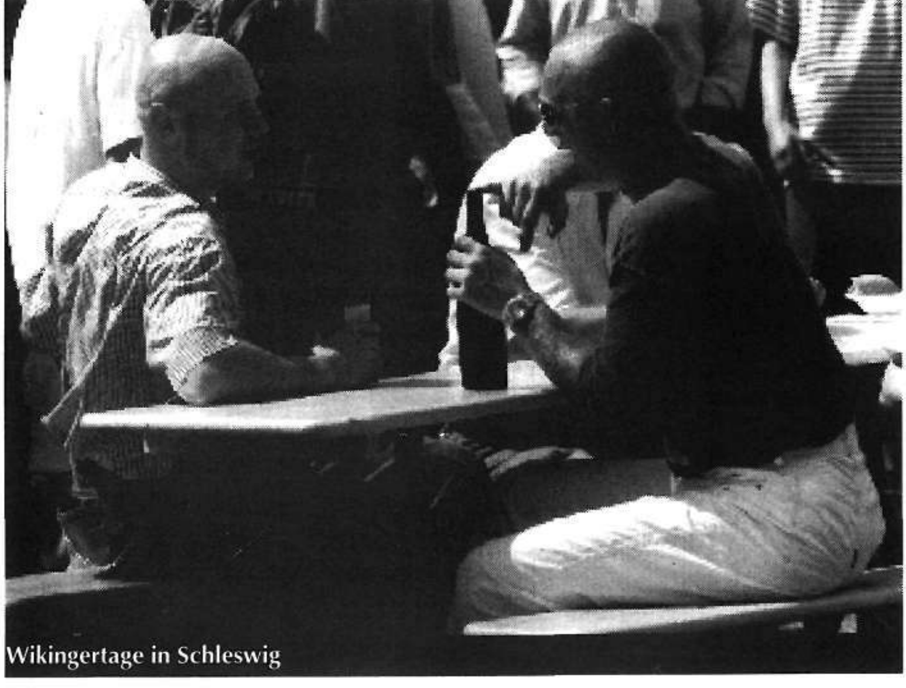


Eine Gruppe Nazis bei den „Wikinger Tagen" in Schleswig. Der zweite von rechts ist auf der vorherigen Seite bei der Nazidemonstration in Worms zu sehen.

# Neoofaschistische Aktivitäten zum Rudolf-Hess-Gedenk- und Aktionsmonat in Flensburg gipfelten in einem Brandanschlag!

Aus Anlaß des 9. Todestages des Hitler-Stellvertreters Rudolf Hess kam es zu Aktionsformen der Neonazis, die für Flensburg neu waren. Nachdem am ersten Augustwochenende auch Flensburger Neonazis die Wikingertage in Schleswig besuchten, kam es am Donnerstag den 8. August zu der ersten kleinen Aktion in Flensburg. Aus einem oberen Stockwerk einer Berufschule flogen hunderte von roten Papierschnipseln der JN (Junge Nationaldemokraten) über den Pausenhof. Als Reaktion darauf pflasterten Antifas in der folgenden Nacht das Schulgelände mit Aufklebern zu. Am Freitag den 16. August kam es dann zu den ersten Plakatieraktionen der Neonazis. Die JN-Plakate mit der Aufschrift „Rudolf Hess, Märtyrer für Deutschland, Versammlungsfreiheit statt Verbote" wurden von vier Naziskinheads nicht nur im Außenbezirk Mürwik, sondern auch in der Haupeinkaufstraße „Holm" angebracht. Da die Neonazis beim Plakatieren beobachtet wurden, konnten die Plakate schnell wieder entfernt bzw. überklebt werden. Am folgenden Wochenende, vom Samstag auf den Sonntag, kam es zu einer Attacke von fünf bis sechs aufgestylten naziskinheads gegen das Wohnprojekt „Hafermarkt". Die Neonazis schmissen mit Steinen und anderen Wurfgegenständen auf die Häuser. So schnell wie sie gekommen waren hauten sie auch wieder ab. Das sollte es aber für das Wochenende noch nicht gewesen sein. Wieder wurden die gleichen Plakate verklebt, diesmal aber nur im Bezirk „Mürwik". Durch diese ganzen Aktionen kristallisierte sich langsam heraus, wer für den ganzen Mist mindestens mitverantwortlich ist. Es handelt sich dabei um den Naziskinhead Ulf Blessmann, dem gute Kontakte zu der großen ländlichen Naziszene nachgesagt werden. Es ist leicht nachzuverfolgen, daß die Aktionen mit seiner Wohnung in der Fördestraße im Zusammenhang standen. Die Plakatierrouten begannen oder endeten stets fast direkt vor seinem Haus. Zusätzlich trafen sich am Samstag den 31. August ca. acht Neonazis bei Blessmann, unter ihnen auch der Stadtbekannte Neonazi Delfo. Am folgenden Sonntag war die Gegend wieder voll mit dem Plakatmotiv, nur diesmal im Aufkleberformat. Seit Blessmann aufgeflogen ist, steht er natürlich im Rampenlicht von Flensburger Antifas. Darunter leidet er gewiß. Dadurch ist es auch nicht verwunderlich, daß Blessmann in Verdacht gerät, mit einem Brandanschlag der am 4. September auf das Wohnprojekt „Hafermarkt" verübt wurde, in Zusammenhang zu stehen. Das Feuer wurde morgens um 4.30 Uhr an einem auf dem Hof stehenden Wohnbauwagen gelegt. Der Bewohner wurde aber durch das Platzen von brennenden Fahrradreifen noch rechtzeitig geweckt, so daß es nur zu einem Sachschaden kam.





Wikingertage in Schleswig

## POLIZIST SETZTE BOSNIER WAFFE AN DIE STIRN

Ein in seiner Freizeit als Bademeister im Süderbraruper Freibad tätiger Polizist bleibt vom Dienst suspendiert. Dies entschied Ende August das Oberverwaltungsgericht in Schleswig. Der Beamte war im Juni im Freibad mit einem Bosnier in Streit geraten, einen Tag später suchte er ihn in der Flüchtlingsunterkunft auf und drohte ihm die Tötung an, indem er ihm die schußbereite Dienstwaffe auf die Stirn setzte und sagte, er solle sich nicht noch einmal so verhalten, sonst würde er ihn dorthin schicken, wo schon sein Vater sei.

## GENERALKONSUL DES TÜRKISCHEN FOLTERREGIMES IN SCHLESWIG

Mit einem Offenen Brief protestierten Rechtsanwälte aus Kiel gegen die für den 3. September geplante Teilnahme des türkischen Generalkonsuls in Hamburg, Ülkü Recep Bassoy an einer Ausstellungseröffnung. Dieser sprach zum Thema „Menschenrechte". Die Veranstalter, der Schleswiger Verein der Richterinnen, Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte und der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgerichtes, boten dem Vertreter des Folterregimes bereits im vergangenen Jahr Gelegenheit, die Lüge vom „Rechtsstaat Türkei" zu verbreiten. Angesichts der fortgesetzten Folterungen und Morde durch türkische Militär- und Polizeikräfte können solche Veranstaltungen nur als Unterstützung für diesen Unrechtsstaat gewertet werden.

## LANDTAG: FASCHISTISCHE ABGEORDNETE AUS DEM SCHNEIDER

Mit großer Genugtuung haben die der DVU und der DLVH nahestehenden Zeitungen die Einstellung des Ermittlungsverfahrens wegen Untreue und Unterschlagung bekanntgegeben. Seit drei Jahren hatte die Staatsanwaltschaft gegen DVU- und spätere DLVH-Abgeordnete ermittelt. Ihnen war vorgeworfen worden, Gelder aus der Fraktionskasse sachfremd zu verwenden, d.h. in die Münchner DVU-Zentrale verschoben zu haben. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft hat die DVU-Fraktion mit Ausnahme einer Video-Kamera alles Büromaterial zurückgegeben. Die Ermittlungen gegen den ehemaligen Fraktionsgeschäftsführer Ernst Sahling werden jedoch fortgesetzt; er soll überteuerte und unzulässige Anzeigen in den Zeitungen des Parteichefs Frey geschaltet haben.

## NAZIS WERBEN MIT DDR-NOSTALGIE

Eine CD voll mit DDR-Liedgut und Postern der Staatsratsvorsitzenden Honecker und Ulbricht flatterte der Redaktion im Frühsommer auf den Tisch. Da es heutzutage schwer sei, „solche" Musik unter die Leute zu kriegen, wurden wir gebeten, Werbung für die CD zu machen. Absender und Herausgeber der CD ist die „Vincent Directori Publishing" aus Glinde, ein Musikvertriebsunternehmen des früheren Funktionärs der „Jungen Nationaldemokraten" Andreas Stähr .Außer dem Namen wies höchstens noch der Verweis auf das „patriotische Liedgut", das in der CD enthalten sei, auf den politischen Hintergrund der Herausgeber hin. Offensichtlich soll hier versucht werden, auf der anhaltenden DDR-Nostalgiewelle schwimmend, in linke Kreise vorzudringen. Ob die Herausgeber glauben, auf dieser Schiene auch „Rechtsrock" verkaufen zu können, oder vielleicht ganz auf Arbeiterlieder umschwenken wollen, ist uns nicht bekannt - ein Katalog über das gesamte Angebot des Versandes lag nicht bei.

## GARY LAUCK VERURTEILT

Zu vier Jahren Gefängnis verurteilte am 22. August das Hamburger Landgericht den Chef der NSDAP/AO Gary Lauck. Lauck wurde für schuldig befunden, jahrelang Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß und Verbreitung von NS-Propaganda betrieben zu haben. Als er 1995 in Dänemark festgenommen wurde klang der Tatvorwurf in Deutschland allerdings noch anders. Anstiftung und Beteiligung an Gewalttaten, den Aufbau von Wehrsportgruppen und ähnliches wurden ihm vorgeworfen. Doch die Zeugen der Staatsanwaltschaft reichten nicht aus, diese Vorwürfe zu erhärten. Dies liegt wahrscheinlich daran, daß die Staatsanwaltschaft vermeiden wollte, die Beteiligung staatlicher Stellen am Aufbau des NSDASP/AO-Netzes aufzudecken. In allen Phasen des Projektes haben V-Leute eine wichtige Rolle gespielt. Doch solche Verstrikkungen wurden in diesem Prozeß nicht erhellt. Somit bleierte der Prozeß ereignislos seinem Ende entgegen.Bleibt nur eine Frage: „Abschiebung nach 2/3 der Strafzeit, oder muß er die ganze Zeit absitzen?"

# Das Ehrenmal in Laboe

*Das Marine-Ehrenmal in Laboe ist nicht nur ein beliebtes Ausflugsziel für ganz Norddeutschland, sondern regelmäßig auch Schauplatz von Kranzniederlegungen und Gedenkveranstaltungen. Darunter sind auch regelmäßig FaschistInnen der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH) und der Deutschen Volksunion (DVU). Wir dokumentieren einen Text des Historikers Kurt Pätzold, der zum Antikriegstag im* Neuen Deutschland *erschien.*

**Denkmalweihe zum Jahrestag der „größten Seeschlacht der Weltgeschichte“**

Vor einem Jahrhundert war der kleine Ort mit einem Hafen und einer Fischräucherei am östlich gelegenen Ausgang der Kieler Förde so gut wie unbekannt. Heute ist Laboe ein Badeort, der jährlich eine sechsstellige Zahl von Übernachtungen aufweist, und vor allem bekannt durch das etwa 80 Meter hoch aufragende, direkt am Ostseestrand gelegene „Marine-Ehrenmal“. Dessen Besuch läßt kaum aus, wer in einem der nahegelegenen Bäder seinen Urlaub verbringt oder auch nur in die schleswig-holsteinische Landeshauptstadt gelangt.

Kiel war schon zu Zeiten des Norddeutschen Bundes zum Kriegshafen bestimmt worden. Dies entschied offenkundig auch über die Wahl Laboes zum Standort jenes Denkmals, für das 1927 des Kaisers Admiral Reinhard Scheer den Grundstein legte. Was es symbolisieren sollte, wurde zu drei Hammerschlägen markig formuliert: „Für deutsche Seemannsehr, für Deutschlands schwimmende Wehr, für beider Wiederkehr“.

Ein Jahr darauf starb Scheer an Land einen zivilen Tod. Als Flottenchef hatte er während des Ersten Weltkriegs auf den Einsatz der Großkampfschiffe gedrängt. Von den deutschen „Helden der See“, die er 1916 in die Skagerrak-Schlacht kommandierte, kamen beim Kräftemessen mit der Grand Fleet 3039 (nach anderer Quelle: 2545) elend um. Scheer selbst aber hatte die Kanonade den Admiralsrang und den Pour-le-mérite-Orden eingetragen.

**Etikettenschwindel perfidester Art**

1936 war der Monumentalbau fertig. Zu dieser Zeit war die deutsche Kriegsflotte schon nicht mehr, wie im Versailler Vertrag bestimmt, auf 15000 Mann begrenzt. Mit der Aufrüstung von Heer und Luftwaffe erfolgte die der Überwasserstreitkräfte. Auch der Neuaufbau der U-Bootwaffe war begonnen. Ein Jahr zuvor hatte Großbritannien, um die Meinung seiner Kriegsverbündeten ganz unbekümmert, der maritimen Rüstung Deutschlands zugestimmt. Die Eigner der Werften an Ost- und Nordsee scheffelten nun satte Profite.

Für den Staatsakt der Denkmalweihe wurde der Jahrestag der „größten Seeschlacht der Weltgeschichte“ auserkoren. Hitler erschien und schwieg. Er überließ Großadmiral Raeder die mordspatriotische Ansprache. Der redete vom „heldenhaften Seemannstod“, vom nun verfügbaren „nationalen Heiligtum“ und erging sich in einer penetranten Lobhudelei auf den „Führer“.

Von dieser Eröffnungszeremonie und ihren Staatsgästen ist heute in der Museumshalle, die zum Komplex gehört, nichts zu erfahren. Unbestimmt heißt es in der Broschüre, die der Besucher erwerben kann, es sei das Ehrenmal in einer „würdigen Feierstunde seiner Bestimmung übergeben“ worden. Vom Datum der Einweihung zum 1. September 1939 scheint es einen erwähnenswerten Bezug nicht zu geben. Und dann wird der Eindruck erweckt, es sei die Stätte gleichsam umgewidmet worden. Sie besäße heute internationalen Charakter und sei Gedenkort „für die auf See Gebliebenen aller Nationen und Mahnmal für eine friedliche Seefahrt auf freien Meeren“.

Diese Ankündigung erweist sich dem Besucher als unverfrorener Etikettenschwindel der Betreiber des Unternehmens. Das ist der 1891 gegründete Marinebund e.V. Nach der Freigabe durch die britische Besatzungsmacht übernahm er das Denkmal 1954 wieder. Da sammelten sich die alten Kameraden gerade. Sie erhoben einen von Hitler hochdekorierten U-Boot-Kommandanten des Zweiten Weltkriegs zu ihrem Präsidenten. Von den deutschen Toten beider Weltkriege liest man auf Stein in unübersehbaren Lettern: „Sie starben für uns."

Mißverständnissen vorbeugend, sei hier gesagt: Viele Menschen hierzulande sind dazu erzogen, vor Gräbern zu gedenken und zu trauern. Sie wünschen sich auch für diejenigen ihrer Angehörigen eine ähnliche Stätte, die nie zu Grabe getragen wurden und deren Leben auf eine Art und Weise endete, die man sich lieber nicht vorstellen mag.

Was den Schaulustigen inn Laboe jedoch geboten wird, hat mit Trauer, Besinnung oder gar mit Versöhnung nach Kriegen wenig oder nichts zu schaffen. Wäre das gewollt, würde nicht ein Gedenkstein fehlen, der an *alle* Opfer der Kriege, die Toten aus allen Nationen erinnern könnte. Also auch an die Seeleute und Zivilisten, die von der Flotte des deutschen Aggressors und Eroberers umgebracht wurden. Auch an die Deserteure, die von den Marinerichtern ihren Mördern ausgeliefert worden sind. Nichts von alldem: Diese Steine strahlen Trotz und Trutz aus, sie sollen Erinnerung an Schandtaten wachhalten, die als Großtaten ausgegeben werden. „Weihehalle", „Historische Halle", „Flaggenraum"...

Was die Laboe-Eigner unter Internationalität verstehen, könnte kurios genannt werden. Angeblich und zuvörderst manifestiert sie sich durch eine ausgestellte Kanone. Sie wurde in China erobert, als Deutsche in einer internationalen Interventionstruppe den „Boxer"-Aufstande niederwarfen. Vom internationalen Charakter soll sodann eine Schiffsschraube des Kreuzers „Prinz Eugen" zeugen, die im Zeichen des neuen Militärbündnisses 1979 nach Laboe gelangte. Zuvor hatte sie auf dem Grund des Pazifik gelegen, da der Stahlkoloß zur Erprobung der Wirkung von Atombomben gedient hatte. Wen beides von neuer und friedlicher Weltoffenheit nicht überzeugt, der kann eine Tafel betrachten, mit der Amerikaner an ihre im Krieg umgekommenen U-Boot-Besatzungen erinnern. Sie

**Ausfahrt für Mitglieder und Freunde der DVU-Hamburg**
nach Kiel-Laboe
mit Besichtigung des Marine-Ehrenmals
am 28. April 1996 (Sonntag). Kosten für Busreise: DM 15,– pro Person.
DVU Hamburg, Postfach 730924, 22129 Hamburg, Tel. (040) 6695249

Ein Symbol für junge und alte Nazis: Ausfahrt der DVU Hamburg




sind, so die Inschrift, „Still on Patrol", schwimmen und tauchen also noch immer.

Aufschlußreich auch die Art und Weise des Bezugs auf den „Boxer"-Aufstand. Er wird als eine Bewegung von Fremdenfeindlichen charakterisiert, woran sich der Kommentar anschließt: Es möge dieser Blick zurück „das Verständnis für die Beurteilung von Krisenherden" schärfen. Und also das Ja zu Einsätzen der Bundesmarine hervorbringen, mit denen wie einst in Tsingtau das „Leid der Zivilbevölkerung" gelindert wird.

Den Kern des Komplexes bildet der Raum, der von der Darstellung der Schlachtengeschichte der deutschen Flotten beherrscht wird. Kein Wort davon, in welchen Kriegen mit welchen Zielen die kaiserliche und die Naziflotte schossen, torpedierten, verminten und versenkten. Statt dessen: Deutschland konnte nicht verteidigt werden, ohne daß Neutralitätsbrüche geschahen.

Statt dessen: Modelle, die aus kriegerischem Überfall ein „Norwegen-Unternehmen" machen und dazu Zitate aus dem „Ehrenbuch der deutschen Wehrmacht". Statt dessen: die Referenz vor jenem in der Skagerak-Schlacht „gebliebenen" Gorch Fock. Dessen unsägliche Geschichten, die den Geist des Nationalchauvinismus und

**Kein Wort davon, in welchen Kriegen mit welchen Zielen die kaiserliche und die Naziflotte schossen, torpedierten, verminten und versenkten.**

Imperialismus atmeten, gehörten während der Nazizeit zum obligatorischen Schullesestoff. Doch der Mann, der zu Lebzeiten und über seinen Untergang hinaus an der todbringenden Seekriegsbegeisterung so vieler junger Deutscher mitschuldig wurde, heißt in Laboe schlicht „Dichter der See". Überflüssig auch, nach einem Ausstellungsstück zu suchen wie der Erstausgabe von Theodor Pliviers Antikriegsroman „Des Kaisers Kulis". Überflüssig, einen Hinweis auf Max Reichpietsch und Albin Köbis entdecken zu wollen.

**Nicht nur ein Symbol von regionaler Bedeutung**

Es ist dieser Gedenkkomplex in seiner derzeitigen Gestalt ein überaus beredtes Zeugnis dafür, was von den wohlfeilen Politiker-Behauptungen zu halten ist, die Deutschen hätten gelernt und ein kritisches Verhältnis zu ihrer Geschichte gewonnen. Laboes Zeichen mahnt tatsächlich - und zwar an unterlassene Auseinandersetzung mit deutscher Geschichte. Vor diesem Kriegerdenkmal stellen sich viele Fragen ein. Sie richten sich nicht an die Führer des Marinebundes, sondern an die Regierenden im Land ebenso wie an die in dessen Hauptstadt. Sie wären auch an Angehörige der Kieler Universität zu adressieren, nicht allein, aber in erster Linie an deren Historiker. Wie fühlen sie sich in dieser Nachbarschaft ?

Doch ist der letzterrichtete unter den monumentalen Heldengedenksteinen nicht nur ein Symbol von regionalem Belang. So mag auch nach der Legitimation jener Neuzeithistoriker gefragt werden, die sich mit soviel - wie es schien: angehäufter - Energie auf Neugestaltungen in den einstigen Nationalen Gedenkstätten der DDR warfen. Deren Aussagen waren einseitig, unvollständig, lückenhaft, widersprachen auch eigenen Ansprüchen, erforderten daher Kritik und Korrektur. Doch Schlachten und Kriege verherrlichten sie nicht. Warum haben die Neuerer über Jahrzehnte und bis heute keine Schwierigkeiten bekommen, mit dieser bemerkenswerten Anlage von Laboe zu leben ?

# Deutsche Unitarier haben Angst vor dem Verfassungsschutz

Während die Kieler Deutschen Unitarier im August das einjährige Bestehen der neuen, von Stadt und Land mitfinanzierten Kindertagesstätte mit einem Tag der Offenen Tür feierten, sind in Hamburg neue Informationen über die Verflechtung mit der Neonazi-Szene bekannt geworden.

Für den Zeitraum von 1991 bis 1995 kann nachweislich belegt werden, daß sich neofaschistische Vereinigungen aus dem Organisationsgeflecht um den Hamburger Nazi-Anwalt Jürgen Rieger im Gemeindezentrum der Deutschen Unitarier Religionsgemeinschaft (DUR) in Hamburg-Hohenfelde regelmäßig versammeln konnten.

In der Weihnachtszeit bevorzugen die Deutschen Unitarier einen repräsentativen Rahmen und setzen darauf, daß über die Anmietung eines Festsaales auch der liberale Ruf der Patriotischen Gesellschaft über sie kommen möge. Regelmäßig im Dezember pflegten der Hamburger Arbeitskreis für Freie Publizistik e.V., der Heinrich-Anacker-Kreis e.V. sowie der Freundeskreis Filmkunst e.V. seine Feierstunde bei den Deutschen Unitariern durchzuführen. Im November 1995 wurde die Patriotische Gesellschaft durch das Hamburger Bündnis *Kein Fußbreit den Faschisten* auf diesen Sachverhalt hingewiesen. Daraufhin kam es zu einem Schriftwechsel, den die Deutschen Unitarier so interpretieren: „Wir haben den Filmfreunden untersagen müssen, unsere Räume zu benutzen, weil über sie die Räume an eine vom Verfassungsschutz beobachtete rechtsextreme Gruppe weitergegeben wurde. Wir suchen andererseits vertrauenswürdige Nutzer, um unsere Kosten zu senken" (Hamburger Rundbrief der DUR Juni/Juli/August 1996). Ganz offensichtlich ist die taktisch motivierte Kündigung nicht ganz so naiv, wie sie daherkommt. Denn nicht nur in Hamburg, sondern auch in Bremen, Kiel, Düsseldorf und anderen Städten gab es in der Vergangenheit bereits enge Verflechtungen zur Szene der extremen Rechten.

**Einladung zur Sonnwendfeier der DUR**

**Sonnenwendfeier**

**auf dem Pariner Berg**
**am Sonnabend, dem 15. Juni 1996**
**20 Uhr Auftakt mit der**
**Ostsee-Volkstanzgruppe Lübeck**



Gäste herzlich willkommen
DEUTSCHE UNITARIER
Religionsgemeinschaft freien Glaubens
Gemeinde Lübeck
Fleischhauerstraße 41, Telefon 7 34 24

# Mit Sicherheit für die Angeklagten...?!

Wieder einmal standen im Juli dieses Jahres zwei Neonazis aus Kiel und Rendsburg vor Gericht, und dies durchaus nicht zum ersten Mal. War es ihnen bislang immer wieder gelungen, die Gerichte von ihrer angeblichen „Loslösung" von der Fascho-Szene zu überzeugen und damit das Strafmaß erheblich zu mindern, sind sie mit ihren neuerlichen Taten scheinbar auch für die RichterInnen zu weit gegangen. Zusammen mit einem Dutzend weiterer Nazi-Skins hatten die beiden 22 und 23 jährigen am 13.10.1995 eine Discothek in Kellinghusen bei Itzehoe aufgesucht und - nach alter Manier - Ausschau nach nicht-deutschen Disco-BesucherInnen gehalten. Nach der knappen Frage, ob er Türke sei, sprangen sie auf einen jungen Türken zu und schlugen ihn brutal nieder. Laut diverser ZeugInnen-Aussagen schlugen und traten die beiden Angeklagten noch auf den Mann ein, als er bereits am Boden lag. Sie brachen ihm einen Finger und prellten ihm die Rippen. Dann griff einer der Skins die Freundin des Verletzten an. Er sprang ihr gegen die Brust, und als sie kurzzeitig bewußtlos am Boden liegen blieb, trat er mit seinen schweren Stiefeln auf sie ein. Sie erlitt eine Schädelprellung und eine Prellung des Kreuzbeins. Begleitet wurde der brutale Angriff auf die Jugendlichen mit „Sieg Heil!"- und „Heil Hitler !" - Rufen der Nazis.

Vor dem Rendsburger Amtsgericht, wo sich die beiden im Folgenden zu verantworten hatten, beriefen sie sich auf Erinnerungslücken infolge Alkoholgenusses, ebenso ein ursprünglich Mitangeklagter Naziskin, der aufgrund „der lauten Discomusik" von alledem nichts mitbekommen haben will. Letzterer wurde im Prozeß lediglich als Zeuge befragt. Der 22jährige Rensburger wurde zu sechs Monaten und der 23 jährige Kieler zu einem Jahr Haftstrafe ohne Bewährung verurteilt. Über den Kieler Skin, Mathias Clausen, haben wir in der Vergangenheit mehrfach berichtet (ATZE Nr.21 & 24). Er hatte im Oktober `92 mit ca. 30 weiteren Faschos einen Brandanschlag auf eine von Obdachlosen bewohnte Reetdachkate in Borgstedt (bei Rendsburg) verübt. Im Dezember 1993 wurde er deshalb wegen gemeinschaftlich geplanter und begangener schwerer Brandstiftung und schweren Landfriedensbruchs zu einer Gesamtstrafe von drei Jahren und drei Monaten auf Bewährung (!) verurteilt. In das Strafmaß mit einbezogen wurde eine 20 monatige Haftstrafe wegen sexuellen Mißbrauchs , den er ein Jahr zuvor begangen hatte ! Sein Schlägerkumpan aus Rendsburg schlägt und tritt sich ebenfalls seit Jahren regelrecht durch´s Leben. Mit Schlägen und Stiefeltritten hatte er z.B. im März `93 eine Nigerianerin und ihr Kind in einer Telefonzelle traktiert ; einem Türken stieß er die Faust auf ein Auge. Ob er ebenfalls an dem Brandanschlag auf das Obdachlosenheim in Borgstedt beteiligt war, konnten wir bislang nicht sicher feststellen, da es hierzu sehr widersprüchliche Angaben gibt. Festgestellt werden kann jedoch, daß beide Neonazis bislang mit Bewährungsstrafen davon gekommen sind, weil sie es jedesmal schafften, sich als reumütige, harmlose Jugendliche darzustellen, die lediglich im Vollrausch „mal" über die Stränge geschlagen haben und Referenzen diverser Ausbilder und Betreuer auffahren konnten, die ihnen „einen großen Sprung nach vorne" oder eine „vorbildliche Motivation am Ausbildungsplatz" attestierten. Die Story vom armen Heimzögling (Clausen), der es im Leben so schwer hat(te), sorgte ebenso für mildernde Umstände. Insbesondere das Urteil im Prozeß um den Brandanschlag auf das Haus in Borgstedt wurde mit dem großen Abschwören der Angeklagten von der Naziszene begründet. Das dies (wiedereinmal) eine komplette Fehleinschätzung von Seiten der RichterInnen war, wurde jetzt durch die neuerliche Anklage bestätigt. So begründete die Richterin des Amtsgerichts in Rendsburg nun das Urteil u.a. damit, daß die beiden Skins aus ihren Vorstrafen nichts gelernt hätten und es sich jetzt selbst zuzuschreiben hätten, daß sie „nun vor einem Trümmerfeld" stünden. (So bezeichnete der Verteidiger die Unterbrechung der Schlachterlehre des jüngeren Angeklagten durch die anstehende Haftverbüßung.) In „Gesellschaft seiner Gesinnungsgenossen" sei er sofort wieder rückfällig geworden. „Solange Sie aus dieser Truppe (gemeint sind die Nazi-Freunde, Anm.d. Red.) nicht rauskommen, wird es immer zu solchen Taten kommen", schloß die Richterin. Armer, verführter Jugendlicher ?? Die Verteidiger kündigten an, gegen das Urteil in die Berufung zu gehen.

# RCDS KIEL:

# Sammelbecken des intellektuellen Rechtsextremismus

**„Witikobund", „Deutsche Gildenschaft", Bund Heimattreuer Jugend - der Freibund e.V.", „Krusenrotter" - dem Kieler RCDS ist nichts fremd**

Wie bereits im Juni bekannt wurde, kandidierte bei den letzten beiden Wahlen zum Studierendenparlament der Christian Albrechts Universität (CAU) der Jura-Student Rüdiger Dorff auf Listenplatz 22 für den RCDS (CDU-Studierendengruppe). Rüdiger Dorff ist Vorsitzender des „Bundes Heimattreuer Jugend - der Freibund e.V."(BHJ), der ältesten und größten rechtsextremen Jugendorganisation der Bundesrepublik neben der inzwischen verbotenen paramilitärischen „Wiking-Jugend" (WJ). In den 70er Jahren entwickelten einige Mitglieder terroristische Aktivitäten. Schwerpunkt des BHJ ist die Durchführung von Pfingstlagern bei denen rechtsextreme Führungspersonen auftreten. Aus dem BHJ sind einige neonazistische Kader hervorgegangen. Die Organisation hat enge Verbindungen zu anderen rechtsextremistischen Gruppen, wie der NPD und der „Deutschen Kulturgemeinschaft". Der „BHJ - Freibund e.V." wirbt u.a. in der rechtsextremen Wochenzeitung „Junge Freiheit" um Mitglieder.

**Der Witikobund**

Der „BHJ - der Freibund e.V." steht außerdem in Verbindung mit dem „Witikobund". Auf einer Jugendtagung des Witikobundes Anfang 1995 hielt Rüdiger Dorff einen Vortrag. In diesem definierte Dorff nach dem „Witiko Brief", der Zeitschrift des „Witikobundes", „als vorrangige Aufgabe der heutigen Jugendbewegung die Heranbildung von Persönlichkeiten mit klarer Wertvorstellung; mit dem Herauswachsen aus dem Jugendbund müßten sie zu tragenden Säulen des Volkes werden". Die politischen Ziele des „Witikobundes" werden z.B. in der Äußerung des Historikers und Witikonen Helmut Diwald deutlich. Er ist der Meinung, „daß ... unsere Ostgebiete seit vielen Jahrhunderten deutsches Land, deutsche Heimat sind. Das läßt sich durch kein Vertragswerk ändern". Der „Witikobund" hat wesentlichen Einfluß auf die „Sudetendeutsche Landsmannschaft" und auf die Dachorganisation „Bund der Vertriebenen". Er hat Verbindungen zu dem sog. „Schutzbund für das deutsche Volk", der wissenschaftlich verbrämte Hetze gegen AusländerInnen betreibt und zur NPD.

Beim „Junge Witikonen-Jahrestreffen" 1995 schmetterten die alten Herren mit Gästen des „BHJ - der Freibund e.V." völkisches Liedgut.

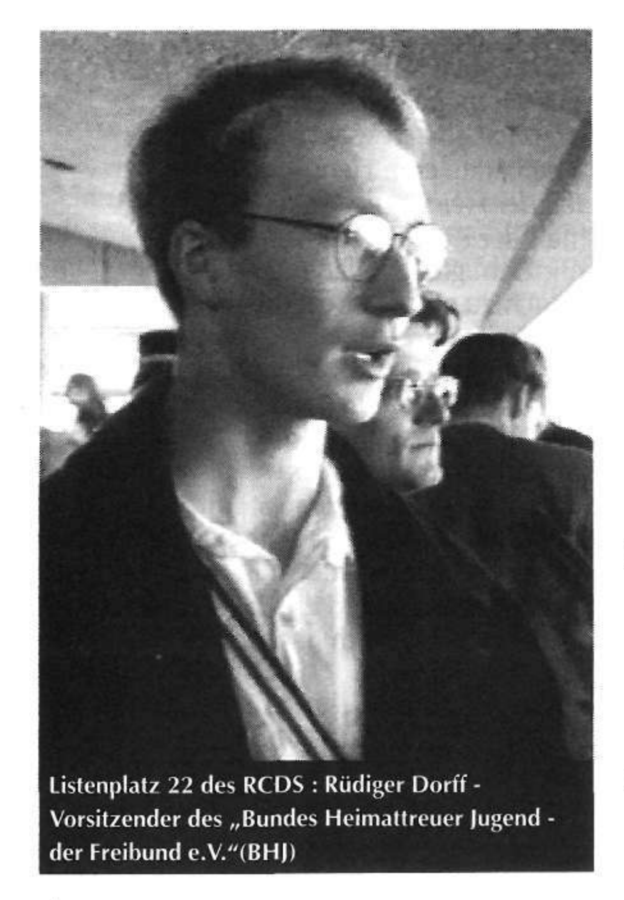
**Die Deutsche Gildenschaft**

Rüdiger Dorff ist neben dem BHJ auch in der „Hochschulgilde Theodor Storm zu Kiel", der Kieler Gruppe der „Deutschen Gildenschaft" (DG), aktiv. Die DG ist eng mit dem BHJ verbunden und gilt unter den studentischen Verbindungen (Korporationen) als eine elitäre Kleinstgemeinschaft. Die erklärten inhaltlichen Ziele der DG sind die „Stärkung des nationalen Zusammenhalts"; die „Offenheit für Fremde dürfe nicht soweit gehen, daß die nationale Identität in Frage gestellt werde". Neben diesen völkischen Programmpunkten vertritt die DG zudem eine revisionistische Volstumspolitik. Über sog. „Volksgruppenrechte" für in osteuropäischen Ländern „verbliebene Deutsche" soll ein Anspruch Deutschlands auf diese Gebiete konstruiert werden. Die DG erkennt die Grenzen zu Polen und der Tschechei auch nicht offiziell an. Von der Größe her ist die DG eine Randerscheinung im Korporationswesen. 1984 hatte sie 145 studentische Mitglieder und 511 sog. Alte Herren (zum Vergleich: 1984 gab es insgesamt 23.252 aktive Korporierte und 151.569 sog. Alte Herren). Diese kleine Zahl an Mitgliedern ist in dem elitären Selbstverständnis der DG zu sehen. Die DG sieht sich als Verband, der es sich zur Aufgabe gemacht hat „der Volks- und Staatsgemeinschaft volkspolitisch vorgebildete, zum Einsatz in Staat, Politik, Wirtschaft und Kultur befähigte und bereite Hochschulabsol-

venten als künftige Führungskräfte zur Verfügung zu stellen". Politisch agiert die DG eng mit der Sudetendeutschen Landsmannschaft und dem Witikobund zusammen. Die Zeitschrift „Criticon" wurde von Anfang an durch die DG gefördert und überdurchschnittlich viele Autoren der rechtsextremen Wochenzeitung „Junge Freiheit" stammen aus der DG (u.a. der Chefredakteur Dieter Stein DHG Balmung zu Freiburg). Der Einfluß der DG reicht bis in die Reihen des deutsch-nationalen Flügels der CDU. Auf der RDCS-Wahlliste aus dem Sommer 1996 kandidierten neben Dorff noch weitere Personen aus der Kieler DG-Gruppe.

Weiterhin kandidierte auf Listenplatz 34 Roland Spahr, ein Mitglied der „Burschenschaft der Krusenrotter" beim RCDS. Die Krusenrotter haben enge Kontakte zur offen rechtsextremen „Burschenschaft Germania Hamburg" und beherbergen die Schülerverbindung „Germania Kiel", die vom Hamburger Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft wird.

Bei dieser Besetzung der Wahlliste des Kieler RCDS dürfte es auch kaum verwundern, daß dieser bereits durch einige Ausfälle nach rechtsaußen in Erscheinung getreten ist (ATZE berichtete, siehe zuletzt Nr. 28). Die zweimalige Kandidatur des BHJ-Führers auf der RCDS-Wahlliste ist in diesem Rechtsruck des Kieler RCDS begründet und kann nicht isoliert davon gesehen werden. Der RCDS führte bei den Studierendenparlamentswahlen einen zweigleisigen Wahlkampf, zum einen wurde mit Hetzparolen gegen die Antifa, Linke und den AStA polarisiert, und zum anderen stellte sich der RCDS als Service-Liste dar, die realpolitisch die Interessen der Studierenden vetrete. Diese Taktik ging voll auf, der RCDS gewann bei den Stupa-Wahlen massiv Stimmen dazu und wurde zweitstärkste Liste. Eine Beteiligung des RCDS am Kieler-AStA (Allgemeiner Studierendenausschuß) konnte aber abgewendet werden. Die Kandidatur Rüdiger Dorffs wurde nach der Stupa-Wahl im Juni an der CAU und im Anschluß auch in überregionalen Tageszeitungen veröffentlicht. Der Kieler-RCDS reagierte in keiner Weise auf diese Enthüllung. Es ist lediglich zu vermerken, daß auf einer Antifa-Party an der Uni ca. 20 Mitglieder der Hochschulgilde und/oder des RCDS auftauchten. Davon betrat aber nur die Hälfte die Party, da ihnen eine kleine Unterstützung der antifaschistischen Arbeit als Eintritt abverlangt wurde.



Listenplatz 22 des RCDS : Rüdiger Dorff - Vorsitzender des „Bundes Heimattreuer Jugend - der Freibund e.V."(BHJ)

Der RCDS ist momentan in der Kieler Uni-Politik weitgehend isoliert. Allerdings ist zweifelhaft, ob sich die AnhägerInnenschaft vom RCDS distanziert. Darin wird der Grad der Akzeptanz für rechtsextreme Positionen bei Kieler Studierenden zu messen sein.

**Nazi-Propaganda an der CAU:**

Im Juli 1996 sind an der CAU in größeren Mengen Aufkleber der „Republikaner" und der „Jungen Freiheit" verklebt worden. Ca. einen Monat später wurden diese auch am Hindenburgufer verklebt, beginnend in der Nähe der Häuser der Landsmannschaft Slesvico-Holsatia vereinigt mit Cheruscia und der Alten Königsberger Burschenschaft Alemannia (reiner Zufall ?).

**Werbung für Aula:**

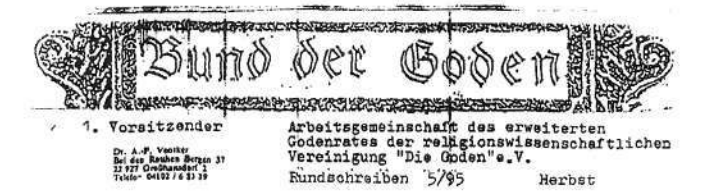
Im Historischen Seminar sind neben dem Zimmer des Historikers Prof. Grieser seitenlange Ausschnitte aus der Jugendzeitung „Aula" der rechtsextremen österreichischen „F-Partei" (ex-FPÖ) „zur Dokumentation" ausgehängt worden. Inhaltlich ging es dabei um die „Zugehörigkeit Österreichs zur deutschen Nation". Die „Dokumentation" erfolgte ohne Erläuterung, um was für eine Zeitschrift es sich bei der Aula handelt.

**Die Krusenrotter haben enge Kontakte zur offen rechtsextremen „Burschenschaft Germania Hamburg" und beherbergen die Schülerverbindung „Germania Kiel", die vom Hamburger Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft wird.**

# Schon gehört?

Prof. Dr. **Wolfgang Stribrny**, Hochschullehrer in Flensburg, findet neben seiner Tätigkeit als Leitungsfunktionär bei der monarchistischen Vereinigung *Tradition und Leben e.V.* auch noch Zeit für Vorträge. So bemerkte er in Flensburg beim diesjährigen *Tag der Heimat*, der vom örtlichen Zusammenschluß der Revanchistenverbände organisiert wurde, mit Genugtuung, daß die Auflösung der DDR auch zu einer „Wiederbelebung der Heimatvereine" geführt habe.

Seine Kriegserlebnisse darf der Leiter des rassistischen *Bund der Goden*, **August-F. Ventker** aus Großhansdorf, in der *Deutschen Militärzeitschrift* zum Besten geben. Beim „Sturm auf Fort Marchovelette" konnte u.a. „der Flammenwerfer in Stellung gehen und tätig werden". Kein Wort zum grausamen Verbrennungstod durch diese auf einem Phosphor-Öl-Gemisch basierende Waffe.


Bund der Goden

1. Vorsitzender

Arbeitsgemeinschaft des erweiterten Godenrates der religionswissenschaftlichen Vereinigung "Die Goden"e.V.

Rundschreiben 5/95 Herbst

Kurz vor der Landtagswahl im März 1996 erhielt der CDU-Kandidat Rainer Wiegard ein weinerliches Schreiben zum Thema „Kriegsschuld". Darin wird von „Deutschland von der Kriegsschuld entlastenden Beweisen" fabuliert und die Nichtteilnahme an den Wahlen angekündigt. Autor des Briefes ist **Walter Gabriel** aus Bargteheide.

Der in der Bundesrepublik mit Haftbefehl gesuchte Altnazi **Thies Christophersen** hat im Mai keine Sondererlaubnis zur Einreise erhalten. Der früher in Mohrkirch, dann fast zehn Jahre im dänischen Kollund tätige Auschwitzleugner, wollte an der Beerdigung seines Sohnes Jes Ludwig teilnehmen. Dieser hatte in Düsseldorf ein Reisebüro betrieben, über das Thies Christophersen einen Teil seiner regen Reisetätigkeit organisierte. Die Staatsanwaltschaft Flensburg verweigerte die Genehmigung zur Einreise mit dem Hinweis auf zwei Haftbefehle.

Der verbotenen *Nationalen Liste* steht die Zeitschrift *Bramfelder Sturm* nahe. Das Blatt wird offiziell von der *Patriotischen Jugend* mit Postfachadresse in Henstedt-Ulzburg im Norden von Hamburg herausgegeben. Die Gruppe rief in der Vergangenheit zur Verbrüderung aller rechten HSV-Fans auf und verteilte Aufkleber mit dem Spruch „St. Pauli-Zecken - Nein danke". Zu den Aktivisten der Gruppe in Henstedt-Ulzburg gehört **Andre Schwelling**.

Als Vorsitzende des *Republikanischen Bund der Frauen* (RBF) tritt seit kurzem die Kieler REP-Funktionärin **Ingeborg Akkermann** auf. Der Bund hat nach eigenen Angaben „über 70% weibliche Mitglieder" und führte Ende Juni 1996 mit der REP-Fraktion im Stuttgarter Landtag eine Informationsveranstaltung durch.

Zu ihrer alljährlichen Großveranstaltung lädt die faschistische *Deutsche Volksunion* erneut für Ende September nach Passau. Für Interessierte aus Schleswig-Holstein besteht die Möglichkeit einer „Bus-Gemeinschaftsfahrt". Diese wird vom DVU-Landesgeschäftsführer **Heinrich Henftling** aus Reinbek organisiert. Er ist zugleich im DVU-Kreisverband Stormarn mit Sitz in Reinbek aktiv.

**DVU-Kreisverband Stormarn**
Postfach [redacted], 21451 Reinbek.
**Wer möchte an Versammlungen teilnehmen oder aktiv mitarbeiten?**
Bitte schreiben Sie uns.

**DVU-Stammtisch**
**Kreisverband Lübeck-Stormarn**
**am Mittwoch, 11. September 1996.**
Informationen unter:
DVU, Postfach [redacted], 21451 Reinbek

Veranstaltungsankündigungen in der „Deutschen National Zeitung"

Freuen kann sich in diesen Tagen der in Martensrade nahe Kiel ansässige Verleger **Dietmar Munier**. Nachdem er mit seinen Aktivitäten im ehemaligen Ostpreußen bei Teilen der extremen Rechten in die Kritik geraten war, konnte der zu seinem Umfeld gehörende *Schulverein zur Förderung der Rußlanddeutschen in Ostpreußen e.V.* zu seiner Jahreshauptversammlung prominente Grußworte bekanntgeben. Nicht nur General a. D. Günter Kießling aus Rendsburg, sondern auch der CDU-Rechtsaußen Heinrich Lummer und Steffen Heitmann (CDU), Minister im Sächsischen Staatsministerium der Justiz, gratulierten zur revanchistischen Wühlarbeit gegen Rußland. Im *Ostpreußenblatt* konnte Hartwig Thieme, der für Munier als Lehrer im Osten tätig ist, im Sommer eine Artikelserie über die Lage in Trakehnen plazieren.

# „Im Spiegel der anderen"

*Mitte August wurde in Lübeck die Ausstellung* Im Spiegel der anderen *eröffnet. Mit ihr soll - so die örtlichen* Lübecker Nachrichten (LN) - *das Lebenswerk von Prof. Irenäus Eibl-Eibesfeldt gewürdigt werden. Der Autor mehrerer Bücher war zur Eröffnung selbst anwesend; in einem Interview mit den LN forderte er eine Aufwertung der Mutter-Rolle und sprach sich gegen die multikulturelle Gesellschaft aus.*

In den Gazetten der extremen Rechten werden Eibl-Eibesfeldts Veröffentlichungen hochgeschätzt. Ob in der *Deutschen National-Zeitung*, der *Jungen Freiheit* oder *Nation + Europa* - jedes neue Buch wird lobend erwähnt, jeder „runde" Geburtstag zur Lobhudelei genutzt. Die NPD-nahe *Bürgerinitiative gegen Asylmißbrauch* in Bad Bevensen verbreitete einen Artikel von Eibl-Eibesfeldt gar als Flugblatt. Und erst kürzlich freute sich das Nazi-Blatt *Berlin-Brandenburger Zeitung* darüber, daß der „Verhaltensforscher" in einem Gespräch mit der Wochenzeitschrift *Focus* die „multikulturelle Gesellschaft" als „gewissenloses Experiment" bezeichnete.

Zuweilen schreibt Eibl-Eibesfeldt auch selbst in den Publikationen der extremen Rechten. Im *Jahrbuch für politische Erneuerung*, herausgegeben von der Haider-Partei FPÖ, ging er 1994 der Frage nach, ob „der Mensch paradiesfähig ist". Und in der neofaschistischen *Deutschen Rundschau* verbreitete er seine Ansichten im März 1992 unter der Überschrift „Gegen Rassismus, für ethnischen Pluralismus". Er wiederholt dort die in reaktionären und faschistischen Kreisen bewußt benutzte Eingrenzung, nach der unter „Rassismus" nur zu verstehen sei, wenn „von einer biologischen Überlegenheit einer Rasse über die andere" ausgegangen werde; hiervon grenzt er sich ab, um umso vehementer einen „ethnischen Pluralismus" zu verfechten. Dieser behauptet schlicht, daß jede Ethnie ein festes Territorium hat, und es bei Zuwanderung anderer Menschen zu Konflikten kommen muß. Für die Bundesrepublik hetzt der Antifeminist gegen Zuwanderinnen aus der Türkei, die wegen der „stärkeren Gebärfreudigkeit" langfristig „zur Verdrängung des eigenen biologischen Erbes" führen. Er wiederholt damit völkisch-rassistischen Dreck, der einer der Grundpfeiler neofaschistischer Weltanschauung in der Bundesrepublik ist. Eibl-Eibesfeldt spricht von einer angeblich angeborenen ‚Fremdenfurcht' und ‚Fremdenablehnung', die schließlich zur ‚Aggression gegen Fremde' führe; so legitimiert er mit seinen Thesen die rassistische Gewalt gegen Flüchtlinge und EinwanderInnen. Für die *Lübecker Nachrichten* war die Ausstellung „gerade vor dem Hintergrund des zunehmenden Fremdenhasses" von „hochaktueller Bedeutung".

# „Moderne Zeiten" im neuen Outfit

Musik als Mittel zur Propaganda, mit dem sich nebenher auch noch Geld verdienen läßt - eine Fülle von Musikvertrieben und Fanzines beweisen, daß die rechte Szene längst erkannt hat, daß es in diesem Bereich etwas für sie zu holen gibt. Die Macher der Zeitschrift „Moderne Zeiten" versuchen nun schon seit Jahren, ganz groß in das Musikgeschäft einzusteigen. Die Zeitung ging aus den FAP-Fanzines „Querschläger" und „Frontal" hervor. Mitbegründer war Manfred Rouhs. Dieser ist bekanntermaßen Herausgeber der Nazizeitung „Europa Vorn" und Mitglied der „Deutschen Liga für Volk und Heimat". Herausgeber der MZ ist, wie schon für die beiden Vorgänger der Sohn des ehemaligen FAP-Funktionärs Axel Zehnsdorf, Andreas. Im Umfeld der MZ ist unter anderem der ehemalige Manager der Gruppe „Störkraft", Thorsten Lemmer tätig. Seit diesem Sommer erscheint die MZ nun in neuem Lay-Out und mit neuem Namen. „Rock Nord" ist der neue Titel und verrät wie die neue Gestaltung daß die Macher sich stark an dem schwedischen Musikmagazin "Nordland" orientieren. „Nordland" ist ein teuer gestaltetes Hochglanz-Musikmagazin, daß inzwischen große Verbreitung in der schwedischen Musikszene gefunden hat. Bei „Rock Nord" reicht es allerdings bislang nur für vier farbige Umschlagseiten und insgesamt 12 Seiten Umfang. Die Auflage (MZ Eigenangabe 10 000) dürfte nicht allzu hoch sein. Seit ihres Bestehens hat die MZ immer große Geldprobleme gehabt, und konnte phasenweise aus Geldgründen nicht einmal regelmäßig erscheinen. Daran dürfte sich auch mit dem neuen Konzept nichts geändert haben. Allerdings steht tatsächlich zu befürchten, daß ein qualitativ sehr hochwertiges Magazin in Teilen der politisch sehr indifferenten Metal- und Gruftieszene Verbreitung finden könnte.




seit September:
Mittwoch 18 - 20 h

Umfangreiches Material zu:
- Antifa · Antirassismus · Patriarchat
- Repression/politische Gefangene
- Häuserkampf · linke Zeitungen
- Baskenland...& anderen Bereichen linker/linksradikaler Politik

...und schickt / bringt uns mehr!

Spendenkonto (wichtig-wichtig!)
Reinhard Pohl, Postbank HH 200 100 20,
KtoNr 1162 94 207, Verwendungszweck:Archiv

---

Ab 19.9.96 in Buch- und Infoläden oder zu bestellen für 5.- DM + 2.- DM Porto. Ein Abo über 5 Ausgaben kostet 30.- DM.

# Antifaschistisches INFO 36 BLATT

Das Antifaschistische Infoblatt gibt es seit '87. Es erscheint alle 2-3 Monate bundesweit mit ca. 50 Seiten und ist Arbeitsgrundlage für antifaschistische Aktivitäten. Es ist eine nichtkommerzielle Zeitung, die von aktiven AntifaschistInnen im Eigenverlag herausgegeben wird.

**Schwerpunkte:**
- Regionalismus - neue Konzepte für alle Rechten
- Lübeck - Grevesmühlen

**außerdem:**
- Heß-Märsche
- Neues aus der Braunzone
- Geschichte: Sudetendeutsche
- Interview mit der Antifa (M)
- Was tut sich in Österreich?

Antifa Infoblatt c/o L.Meyer Gneisenaustr.2a 10961 Berlin

---

## Was geht ab?

Die neue Antifa-Nachrichten-Doku

Jeden Monat gibt die Zeitung einen Überblick über rechtsextreme Aktionen und Strukturen, über antifaschistische Aktivitäten und zum Thema Asyl.
Die "Was geht ab?" ist ein Blatt für aktive Antifas und Interessierte. Mit jeweils über 100 Artikeln wird ein größtmöglicher Überblick geboten, der das Durcharbeiten anderer Zeitungen erspart.
Eine Probenummer für 3,50 DM kriegste hier:
Was geht ab?
Postfach 110 331 - 10833 Berlin

---

# Tuu Matsch Nazis

Das Bundesweite Antifatreffen (BAT) hat eine Kampagne gegen die neofaschistische Sammlungsorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) vorbereitet, die regional von allen möglichen Gruppen umgesetzt wird. Für den Fall, daß Ihr Euch daran beteiligen wollt, könnt ihr die Materialien bestellen.

**4-seitiges Faltblatt A 3 zweifarbig:**
- 25 Stück = 7.- DM
- 250 Stück = 40.- DM

**Plakat A 2 vierfarbig:**
- 10 Stück = 10.- DM
- 100 Stück = 60.- DM

Alle Preise inkl. Porto und Verpackung. Demnächst erscheint auch noch eine Broschüre und ein Wandervortrag.

Bestellungen nur gegen Vorkasse (bar/Briefmarken/V-Scheck) an:
**Antifa Mail Order Kommando (AMOK)**
**Gneisenaustr. 2a**
**10961 Berlin**

## Weg mit den Jungen Nationaldemokraten

---

## ANtifaschistische NAchrichten Saar

Nr.27
Feb-April 96
3 DM

*aus dem Inhalt*

Schwerpunkt: Frauen vor dem Hintergrund von Flucht und Migration in Deutschland
Interviews und Berichte ★

Aktuelle Situation im türkischen Staat ★
Prozeß gegen Ursula M. ★
Siegerjustiz gegen Monika Haas, Christel Fröhlich und Magdalena Kopp ★
...

ANtifaschistische NAchrichten Saar ★
Landwehrplatz 2 ★ 66111 Saarbrücken ★
0681/3908863 ★ Einzelheft 3,- DM + Porto ★
6 Ausgaben kosten 27,- DM (incl. Porto) ★




**Ich bestelle:** ❑ Probeheft 8 DM *(6 DM + 2 DM Porto/Vers.)* ❑ Abo 36 DM (6 Ausg./Abojahr)
Außerdem: ❑ Infos über **Ökologische Linke** bundesweit (7 DM)
**Kontakt:** Ökologische Linke, c/o Manfred Zieran, Neuhofstr. 42, 60318 Frankfurt/Main

**!! Lieferung nur gegen Vorkasse !!**
















**Das Antifa-Infoblatt erscheint als bundesweite Zeitung alle 2-3 Monate.**

Die Schwerpunkte sind:

* Entwicklungen und Aktivitäten der Neonazis in der BRD und international
* Entlarvung und Veröffentlichung ihrer Führerinnen
* Neue Rechte und Braunzone
* Antifaschistische Aktivitäten in der BRD und international
* Darstellung von Diskussionen über Möglichkeiten von Antifaarbeit
* Der Ruck nach Rechts und die Rolle der Biedermänner in der Regierung
* Rassismus, Sexismus und Nationalismus in der Gesellschaft
* Wirtschaftliche und soziale Entwicklungen
* Progressive Entwicklungen und Aktivitäten

Das Antifa-Info ist eine Grundlage für antifaschistische Aktivitäten von Einzelpersonen, Gruppen oder Organisationen. Es ist eine nichtkommerzielle Zeitung, die von aktiven AntifaschistInnen im Eigenverlag herausgegeben wird.

**Das Antifa-Info ist für 4,- DM + 2,- DM Porto zu erhalten. Ein Abo über fünf Ausgaben kostet 30,- DM.**

**Kontaktadresse:**
**Antifa-Info, c/o L.Meyer**
**Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin**

# Spendet für die internationale antifaschistische Arbeit

Seit 1989 arbeiten wir, mit anderen antifaschistischen Gruppen und Zeitungen in der BRD und einigen europäischen Ländern zusammen. Diese Arbeit hat sich als sehr erfolgreich erwiesen. Es ist notwendig, die Aktivitäten von FaschistInnen international zu beobachten. Daher wurde in diesen Jahren ein internationales Netzwerk aufgebaut, das einen zuverlässigen Informationsfluß für die internationale Zusammenarbeit sicherstellt.
All diese Arbeit wird mit größtem Engagement und auf der Basis minimaler materieller Resourcen geleistet.
Diese Arbeit ist in Gefahr. Gemeinsam mit dem Antifaschistischen Infoblatt Berlin rufen wir auf für die internationale Koordination von antifaschistischer Arbeit tz spenden. Wir brauchen vor allem kontinuierlich eingehendes Geld, da die Kosten für diese Arbeit ständig anfallen. Auch kleine Beträge können viel leisten, wenn sie regelmäßig eingehen. Richtet Daueraufträge ein! Spendet massenhaft!

Bankverbindung: A. Hoffmann
Kontonummer: 40 83 52 - 201
Postbank Hamburg
BLZ: 200 100 20
Stichwort: Internationale Antifa